

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 239 Februar 2010

WIEDER ALS STADTPRÄSIDENT

MARTIN BORNHAUSER

WIEDER IN DEN STADTRAT

ESTHER RICKENBACHER

BARBARA THALMANN

IN DEN GEMEINDERAT

SP USTER – LISTE 1



Inhalt

SP Uster will unsere Stadt gestalten statt nur verwalten	3
Wahlaufruf von Matthias Stammbach, Geschäftsleitung SP Uster	
«Diskussion ums Zentrum auf Parkplätze zu reduzieren greift zu kurz»	4
Von Martin Bornhauser, Stadtpräsident	
«Uster muss sich im Bereich Gesundheit überregional positionieren»	6
Von Esther Rickenbacher, Stadträtin	
«Jugendarbeit in Vereinen ist enorm wichtig und verdient Unterstützung»	8
Von Barbara Thalmann, Stadträtin	
Mit Herz für ein neues Zentrum	10
Von Balthasar Thalmann, Gemeinderat und Fraktionspräsident	
Kultur fördert, verbindet und integriert	11
Von Claudia Wyssen, Gemeinderatspräsidentin	
Alle Kandidatinnen und Kandidaten in der Übersicht	12/13
Kantonsschule Uster: 136 Jahre warten sind genug	14
Von Regula Trüeb, Gemeinderätin	
Bürgerliche Finanzpolitik: Zeichen von Ratlosigkeit und Misstrauen	15
Von Rolf Graf, Gemeinderat	
Einen Beruf erlernen heisst in der Erwachsenenwelt Einzug halten	16
Von Julia Amherd, Gemeinderätin	
Das Potenzial der älteren Menschen besser nutzen	17
Von Walter Strucken, Gemeinderat	
Energie muss wieder ein kostbares Gut werden	18
Von Peter Grob, Gemeinderat	
Es braucht bezahlbaren Wohnraum für Familien	19
Von Marius Weder, Gemeinderat	
Bildung ist der Schlüssel zur Integration	20
Von Monika Ammeter, Kandidatin für den Gemeinderat	
Vereinsförderung ist gut investiertes Geld	21
Von Markus Wanner, Kandidat für den Gemeinderat	
Das Spital Uster muss als Zentrumsspital erhalten bleiben	22
Von Mirjam Stauffer, Kandidatin für den Gemeinderat	
Die Situation für Velofahrende ist zu verbessern	23
Von Martin Zwysig, Kandidat für den Gemeinderat	
Wahlen vom 25. April:	
Lilo Baschung als Präsidentin der Sekundarschulpflege	24
Unsere Wahlempfehlungen und Parolen für die Abstimmungen	

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	16 000 Exemplare
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 80–51253-5
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut
Bilder:	Rolf Murbach
Layout:	Ewald Feldmann
Vertrieb:	Martin Zwysig
Druck:	Ropress Zürich
Erscheinungsweise:	viermal im Jahr

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Wenn man sich nochmals die Budgetdebatten Ende letzten Jahres, egal ob im Bund, Kanton oder in der Stadt Uster, vor Augen hält, fällt vor allem eines auf: Das Wort «sparen» ist wieder gross in Mode. Allerdings meinen die Bürgerlichen – und in dieser

Frage darf man getrost die Grünliberalen mit dazu zählen – wenn sie von sparen reden etwas ganz anderes: Sie meinen Leistungsabbau. So fallen in Uster ab nächstem Jahr der Blockflötenunterricht an der Primarschule, 600 Musikstunden an der Musikschule, das Schulschwimmen in der 3. Klasse, die speditive Behandlung von Baugesuchen und vieles anderes mehr dem Sparauftrag zum Opfer.

Vielleicht sollten wir uns alle wieder einmal an die ursprüngliche Bedeutung des Wortes «sparen» erinnern: Sparen in seinem ursprünglichen Sinne bedeutet nämlich, sich in guten Zeiten etwas für schlechte Zeiten auf die Seite zu legen. Darum heisst ja auch das Sparbüchli so. Doch die bürgerlichen Parlamentsmehrheiten in Bund, Kanton und der Stadt Uster machen aber genau das Gegenteil von sparen: In guten Zeiten wollen sie statt etwas für schlechte Zeiten auf die Seite zu legen, lieber die Steuern senken, weil man ja seine Position im Steuerwettbewerb verbessern muss, nur um dann, wenn die nächste Krise da ist, festzustellen, dass – ohalätz – keine Reserven vorhanden sind, weshalb man dann die Steuern senken muss, um seine Position im Steuerwettbewerb zu verbessern. Logisch. Der frühere SVP-Finanzdirektor Christian Huber hat diese Denkweise einmal als «Steuernfuss-Fetischismus» bezeichnet.

Dass man auch anders kann, zeigt die Stadt Zürich: Dort hat die rot-grüne Mehrheit – in einer «Koalition der Vernunft» zusammen mit einem vernünftig denkenden freisinnigen Finanzvorstand – in den Jahren vor der Wirtschaftskrise nicht die Steuern auf Vorrat gesenkt, sondern eben gespart und Reserven gebildet. Reserven, von denen sie jetzt zehren kann und auch in der Krise ohne Hauruck-Abbau-Programm auskommt, wie es zuletzt im Ustermer Gemeinderat betrieben worden ist und wie uns dieses Jahr im Kanton Zürich ein noch viel massiveres bevorsteht. Und mehr noch: Am Ende lag dann doch auch noch eine moderate Steuersenkung und eine deutliche Senkung von Gebühren drin.

Stellt sich zum Schluss eigentlich nur noch eine Frage: Warum behaupten die Bürgerlichen eigentlich so oft und gerne, aber letztlich wahrheitswidrig, es seien sie, die mit Geld vernünftig umzugehen wüssten?

Zu den Gemeindewahlen vom 7. März 2010

Die Sozialdemokratische Partei will Uster gestalten statt nur verwalten

Liebe Ustermerinnen und Ustermer

Seit acht Jahren ist die SP die stärkste Fraktion im Gemeinderat. Seit vier Jahren sind wir mit unseren drei Stadtratsmitgliedern **Esther Rickenbacher, Barbara Thalmann** und **Martin Bornhauser** die stärkste Partei im Stadtrat. Seit vier Jahren stellt die SP Uster mit dem Letztgenannten auch erstmals den **Stadtpräsidenten** dieser Stadt.

Diese Wahlerfolge kommen nicht einfach so. Dahinter steckt viel Arbeit, Enthusiasmus, Freude an Uster und vor allem der grosse Wille, für Dich, für Euch, für Sie da zu sein, für Uster da zu sein, Uster zu gestalten. Wir sind überzeugt, Ihnen auch bei diesen Ersatzwahlen 2010 eine attraktive Gemeinderatsliste mit kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten zu präsentieren, welche Sachpolitik betreiben wollen. Und wir sind sehr glücklich, dass unsere drei bisherigen Stadtratsmitglieder Martin Bornhauser, Esther Rickenbacher und Barbara Thalmann wieder kandidieren. Sie haben in den letzten vier Jahren mit grossem persönlichen Einsatz Vieles bewegen können und wollen dies auch in Zukunft tun.

Die SP Uster will auch in den nächsten vier Jahren Sachpolitik betreiben und dafür sorgen, dass sich Uster vorwärts bewegt. Wir wollen Lebensqualität für alle in Uster. Dazu gehören Familien und Alleinstehende, Kinder und Jugendliche, Studierende, Berufstätige und Arbeitgebende, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen – sie alle zusammen machen Uster aus. Sie wohnen hier, sie arbeiten hier, sie verbringen hier in Uster ihre Freizeit, geniessen Kultur, Sport und Natur. All diesen Facetten des Lebens müssen wir gemeinsam Sorge tragen.

Wir wollen Chancengleichheit für alle in Uster. Gefragt sind deshalb Gemeinsinn, Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme. Gefragt sind aber auch Einsatz und Engagement für eine gesunde und leistungsstarke Wirtschaft, für Arbeitsplätze und genügend Lehrstellen. Uster soll nicht nur als Wohnstadt, sondern auch als Arbeitsort attraktiv bleiben und muss deshalb gerade jetzt in Krisenzeiten in seine Zukunft investieren.



*Am 7. März werden bei den Wahlen die Karten neu gemischt.
Die SP Uster will dabei ihre Position als stärkste Partei im Gemeinderat und Stadtrat verteidigen.*

Die SP Uster macht Politik für die Menschen. Nur wenn es uns gelingt, die Lebensqualität aller Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt im Rahmen einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft zu verbessern, haben wir gut politisiert. Dafür werden wir uns die nächsten vier Jahren einsetzen, und daran dürfen Sie uns messen.

Damit wir unsere Ziele* erreichen können, brauchen wir Deine, brauchen wir Ihre Stimme. Denn die letzten vier Jahre haben gezeigt, dass ein bürgerlich dominiertes Parlament seine Verantwortung nicht wahrnimmt. Während der Stadtrat über alle Parteigrenzen hinweg gut zusammenarbeitet, sich als Team versteht, lässt der bürgerliche Machtblock im Gemeinderat allzu oft seine arroganten Mehrheits-Muskeln spielen und blockt gute Ideen ab – ohne Argumente, ohne eigene Ideen. SVP und FDP wollen unsere Stadt allerhöchstens verwalten, ganz offensichtlich aber nicht gestalten.

Vor vier Jahren hatten wir die Hoffnung, mit den Grünliberalen eine neue Kraft im Parlament zu haben, welche am gleichen Strick auf der glei-

chen Seite zieht. Diese Hoffnung zerschlug sich aber schon rasch. Abgesehen von ökologischen Anliegen entpuppten sie sich als klar bürgerlich positionierte Partei, die zuweilen die anderen rechts zu überholen versucht. Wir mussten feststellen, dass sie in vielen Sachfragen, insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich, leider keine verlässlichen Partner sind.

Am 7. März finden in Uster die Ersatzwahlen für den Stadt- und Gemeinderat statt. Sie sind aufgefordert Position zu beziehen. Für eine bürgerliche Politik, welche unsere Stadt nur verwalten will. Oder für eine Politik, welche die Zukunft unserer Stadt gestalten will. Sie haben die Wahl!

*Matthias Stammbach
Mitglied Geschäftsleitung SP Uster*

***Unser detailliertes Programm «Uster für dich» für die Jahre 2010 bis 2014 haben Sie vor einigen Wochen per Post erhalten. Sollten Sie Ihr Exemplar nicht mehr finden, so steht Ihnen dies auch auf unserer Homepage zum Download bereit: www.sp-uster-wahlen.ch.**

Stadtratswahlen: Interview mit Martin Bornhauser, Stadtpräsident von Uster

«Die Diskussion ums Zentrum nur auf

FORUM: *Martin Bornhauser, viele ehemalige Politiker sagen, dass ein Gemeindepräsidium das schönste politische Mandat sei, das man haben könne. Du hast in Deiner politischen Karriere ganz verschiedene Ämter ausgeübt und kannst es deshalb beurteilen: Stimmt diese Aussage?*

Martin Bornhauser: Ja, absolut. Man trägt als Stadtpräsident sehr viel direkter als in anderen Funktionen etwa auf kantonaler Ebene für das Gemeinwesen Verantwortung. Und dies macht den speziellen Reiz dieses Amtes aus.

Du hast nun seit vier Jahren dieses «schönste politische Amt» als Stadtpräsident von Uster ausgeübt. Was hast Du in dieser Zeit erreicht?

Als Stadtpräsident ist man ja nicht nur für einzelne Dossiers verantwortlich, sondern auch für das Erscheinungsbild des Stadtrates alles Ganzes. Und da denke ich, dass der Stadtrat heute geschlossener auftritt und sich nicht in endlosen dogmatischen Streitigkeiten wie früher verliert. Wir führen, so meine ich, diese Stadt vorausschauend und zielorientiert. Wir haben uns bemüht, die von uns formulierten strategischen Ziele auch wirklich umzusetzen. Hartnäckig, konsequent und mit Erfolg. Als Beweis mag das Ranking der angesehenen Zeitschrift «Bilanz» dienen. Es vergleicht jährlich die Attraktivität aller 129 Schweizer Städte mit mehr als 10'000 Einwohnenden. Und Uster kletterte vom 38. Rang im Jahr 2006 innert drei Jahren auf den ausgezeichneten und verdienten fünften Platz.

Und wo siehst Du Erfolge bei einzelnen Projekten? Ich konnte in den letzten vier Jahren den demokratischen Prozess zur Neugestaltung des Zeughausareals anstossen.

Bis zu einer definitiven Lösung wird es zwar noch Jahre dauern, aber der Weg ist

aufgezeigt. Besonders freut mich, dass es mir trotz massiven Widerständen gelungen ist, bereits heute in einem Gebäude des Zeughauses Kultur und gesellschaftliches Leben anzusiedeln. Ein Höhepunkt war die Eröffnung der renovierten und erweiterten Stadt- und Regionalbibliothek im Frühling 2008. Die Bibliothek ist Teil des bunten, reichhaltigen und vielfältigen Kulturangebotes unserer Stadt. Die Bibliothek kann nun auch für Veranstaltungen, z. B. Lesungen, genutzt werden. Auch die auf meinen Antrag zustande gekommene Erhöhung des jährlich wiederkehrenden Beitrages an die Kulturgemeinschaft Uster kann ich als Erfolg verbuchen.

Auch in Sachen Kantonsschule sind wir in den letzten vier Jahren weitergekommen. Als vor 37



Martin Bornhauser im Zellweger-Areal: «Als Stadtpräsident trägt man sehr viel direkter als in anderen Funktionen für das Gemeinwesen Verantwortung. Und dies macht den speziellen Reiz dieses Amtes aus.»

Jahren in Dübendorf die Filiale Glatttal der Kantonsschule Zürcher Oberland eröffnet wurde, war die Verlegung nach Uster bereits geplant. Doch erst vor zwei Jahren gelang es, sechs Klassen der Mittelschule in Uster unterzubringen – ein sehr wichtiger Schritt zur Mittelschule Uster. Zwischenzeitlich hat der Kantonsrat den Standortentscheid zu Gunsten der Stadt Uster gefällt. Noch fehlt der Baukredit. Aber wir stehen nahe vor dem Erfolg.

Mir persönlich ganz wichtig ist, dass der Gemeinderat meinem Antrag gefolgt ist und das Konzept «Jugendpolitik» verabschiedet hat. Es skizziert die Grundzüge der zukünftigen Jugendpolitik der Stadt Uster, umreist die Gestaltungsfelder und zeigt insbesondere den Handlungsbedarf auf. Die neu geschaffene Jugendkommission und der Jugendbeauftragte werden diese Politik unter meiner Leitung nun umsetzen. Allerdings bewilligte der Gemeinderat erst mit dem Budget 2009 die erforderlichen Mittel und so konnte der Jugendbeauftragte mit einem 50 Prozent-Pensum seine Arbeit erst im Juli 2009 aufnehmen. Aber lieber spät, als nie.

Die ersten vier Jahre waren «Lehrjahre». Jetzt kommen die «Jahre des Wirkens».

Aber sicher gab es auch Enttäuschungen... Natürlich. Das Misstrauen, das dem Stadtrat seitens des Gemeinderates in letzter Zeit entgegenschlägt und sich ganz speziell beim Budget 2009 entlud, war enttäuschend. Während der Stadtrat im Rahmen eines nach wie vor gesunden Finanzhaushaltes die Attraktivität dieser Stadt noch verbessern möchte, zwingt uns die bürgerliche Mehrheit des Rates zu einem Sparpro-

gramm, als stünden wir vor dem finanziellen Kollaps. Laut wird geklagt, dass die Globalkredite in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent gestiegen sind und die Verantwortung für diese Steigerung wird flugs dem Stadtrat in die Schuhe geschoben. Wider besseres Wissen wird verschwiegen, dass der grösste Teil dieser Steigerung auf nicht beeinflussbare Faktoren, wie neue gesetzliche Vorgaben, Wachstum der Bevölkerung, Teuerung etc. zurückzuführen sind. Am Ende bleibt eine Kostensteigerung von rund 10 Prozent in fünf Jahren übrig. Und davon geht ein beträchtlicher Teil auf den Gemeinderat zurück, der beispielsweise in diesem Zeitraum acht neue Stellen bei der Stadtpolizei geschaffen hat. Aber das politische Gedächtnis ist manchmal arg kurz...

Wenn gespart wird, trifft es ziemlich schnell vermeintlich «Wünschbares», wie zum Beispiel die Kultur.

Ja, das ist so, die Kultur steht politisch sehr oft im Gegenwind, in finanziell schwierigen Zeiten sowieso. Und doch wären hier Investitionen nötig: im Musikcontainer, im Zeughaus, ein Ersatz für den Qbus. Der bürgerliche Gemeinderat hat, was die Investitionen betrifft, tatsächlich einmal mehr bei der Kultur gespart. Einerseits wurde die Neueinrichtung des Musikcontainers abgelehnt und andererseits die Erschliessung des ganzen Zeughausareals mit genügend Strom. Nächstes Jahr wird die Investition in eine Übergangslösung für den Qbus zur politischen Lackmusprobe für den Kulturort Uster.

Ein wichtiges Thema ist auch die Entwicklung im Zentrum. Die SP hat ja eine Initiative für ein fussgängerfreundliches Zentrum lanciert,

Parkplätze zu reduzieren greift zu kurz»



seitens des Gewerbes erwächst dieser Idee Widerstand, vor allem weil man die oberirdischen Parkplätze nicht unterirdisch verlegen will. Wie siehst Du die Entwicklung im Zentrum?

Unzählige Beispiele belegen es: ein verkehrsfreies oder -beruhigtes Zentrum zahlt sich für das Gewerbe aus. Die Zentrumsdiskussion nur auf Parkplätze zu reduzieren greift zu kurz. Ein attraktives Zentrum schaffen heisst Begegnungsräume schaffen. BesucherInnen sollen nicht nur als KundInnen und KonsumentInnen angesprochen werden, sondern die City als Begegnungsort und Erholungsraum erleben. Das schafft Attraktivität, Identität und zieht Kunden aus der ganzen Region an. Deshalb müssen Stadt und private Eigentümer bei der Gestaltung des öffentlichen und privaten Raumes zusammenarbeiten, denn das Ziel eines lebendigen Zentrums kann nur gemeinsam erreicht werden. Und bezüglich der Erreichbarkeit eines verkehrsberuhigten Stadtzentrums hat der Stadtrat mit seinem Parkhaus-Konzept bereits eine entsprechende Lösung vorgelegt.

Du bist der erste Sozialdemokrat an der Spitze der Stadt Uster. Im Stadtrat gibt es aber eine bürgerliche Mehrheit, die notfalls ihre Meinung durchdrücken kann. War das für Dich in den letzten vier Jahren kein Problem?

Nein, weil ich mir dieser Konstellation von Anfang an bewusst war. Natürlich wünsche ich mir persönlich Verhältnisse wie in Zürich oder Winterthur, aber ob mir die Wählerinnen und Wähler diesen Wunsch erfüllen werden? Wir werden sehen.

Du hast Dich entschieden, nochmals für vier Jahre anzutreten. Weshalb?

Alte Hasen behaupten, dass die ersten vier Jahre Stadtpräsidium «Lehrjahre» sind, die zweite Amtsperiode hingegen «Jahre des Wirkens».

Das Stadtpräsidium ist ja neu ein 80 Prozent-Pensum. Inwiefern hat das Deinen Entscheid mitbeeinflusst?

Wesentlich, denn die Doppelbelastung als Jugendanwalt mit einem 60 Prozent-Pensum und nebenamtlicher Stadtpräsident einer Stadt mit mehr als 32'000 Einwohnenden war à la longue nicht mehr zu bewältigen. Als Inhaber eines Hauptamts werde ich nun meine ganze Arbeitskraft – und dies sind alle Verpflichtungen miteingerechnet bis zu 150 Prozent – für die Stadt verwenden können. Das wird sich ganz direkt auf die Qualität und den Erfolg meines Einsatzes für unsere Stadt auswirken. Diese Aussicht war für mich entscheidend.

Kannst Du abschliessend mit einem Satz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Weil ich hoffe, dass es keinen gibt, es nicht zu tun (lacht).

Stadtratswahlen: Interview mit Esther Rickenbacher, Stadträtin SP Uster

«Uster muss sich im Bereich Gesundheit

FORUM: Esther Rickenbacher, vor vier Jahren haben Dich die Ustermer Stimmberechtigten mit einem sehr guten Resultat erneut in den Stadtrat gewählt. Wie fällt Deine Bilanz der letzten vier Jahre aus?

Esther Rickenbacher: Es liegen intensive und interessante Jahre hinter mir, in welchen wir im Stadtrat Uster vieles initiiert und einiges abgeschlossen haben. Meine Bilanz der letzten vier Jahre ist auch deshalb positiv, weil der Stadtrat in meinen Augen als Team sehr gut funktioniert hat. Wir pflegen einen konstruktiven Umgang und arbeiten gerne zusammen. Man darf wohl sagen, dass wir über eine hohe Streitkultur verfügen, unsere Entscheide auch nach intensiven und harten politischen Meinungsverschiedenheiten mit Respekt und Achtung vor den verschiedenen Positionen fällen und diese dann auch umsetzen.

Es fällt auf, dass in den vergangenen vier Jahren in Deiner Abteilung sehr viele Projekte auf den Weg gebracht wurden, vor allem auch baulicher Art, z.B. Krankenhaus Im Grund, Sanierung Stadion Buchholz, Kunstrasenfeld etc. Ich nehme an, diese Projekte aneinander vorbeizubringen, war eine riesige Herausforderung.

Ja, es ist richtig: Die Bearbeitung all dieser vielen Projekte nebeneinander war eine grosse Herausforderung. Deshalb kommt auch der Projektplanung von allem Anfang an ein sehr grosser Stellenwert zu. Bei der Sanierung des Stadions Buchholz haben wir uns beispielsweise mit der Frage beschäftigt, wie wir diese Sanierung für die Anlagennutzenden so angenehm wie eben möglich machen können. Daraus resultierte dann zwar eine gestaffelte Sanierung über zwei Jahre. Auch die Sanierung des Krankenhauses Im Grund sowie die Erstellung des neuen Spitexzentrums setzten eine jahrelange Planung voraus und führte in den Jahren 2008 und 2009 zu einem zeitlich höchst intensiven Engagement. Dank der kompetenten Unterstützung durch die Baukommission sowie unseres Bauherrenberaters kann das Projekt dieses Jahr erfolgreich abgeschlossen werden.

Aktuell steht ja nun auch ein Ausbau des Hallenbads zur Diskussion.

Welche Ziele werden damit verfolgt?

Das Hallenbad Buchholz ist mittlerweile schlicht zu klein, um alle Bedürfnisse der Bevölkerung Usters abzudecken. Allein das Schulschwimmen bedingt, dass das Bad vormittags jeweils für mehrere Stunden für die Bevölkerung geschlossen bleibt. Mit einem Ausbau des



Esther Rickenbacher vor dem Hallenbad Buchholz:

«Mit einem Ausbau können alle Bedürfnisse für die Bevölkerung besser abgedeckt werden – vom Schul- und Altersschwimmen bis hin zum Spitzensport.»

Hallenbades können alle Bedürfnisse – von der breiten Bevölkerung über die des Schul- und Altersschwimmens und derjenigen der Vereine bis hin zum Schwimm-Spitzensport – abgedeckt werden.

Du bist als Stadträtin auch für den ganzen Bereich Altersheime, Spitex etc. zuständig. Wir alle wissen, dass wir immer älter werden, der Bedarf an Pflegeleistungen etc. steigen wird. Was bedeutet das für die Stadt Uster?

Meines Erachtens sind vor allem drei Bereiche zu beachten, der Sozialaspekt, die Freiräumproblematik sowie das ganze Thema der Abhängigkeit durch Einschränkungen bzw. Hilfe- oder Pflegebedarf im Alter. Durch die demographische Entwicklung wird der Anteil der älteren Menschen steigen. Allerdings haben diese andere

Ich verstehe mich voll und ganz als Konkordanzpolitikerin.

Bedürfnisse, als die alten Menschen gestern und heute. Die zukünftig alten Menschen sind gesünder, halten sich besser fit und werden – wenn überhaupt – häufig erst in sehr späten Jahren pflegebedürftig. Mit anderen Worten: Wir haben die Aufgabe, dieser veränderten Lebenssituation der älteren und alten Menschen gerecht zu werden. Wir werden in der Öffentlichkeit vermehrt Aufenthaltsräume und Freizeitangebote für alte Menschen schaffen müssen. Dann sind unsere Angebote im ambulanten wie im stationären Bereich intensiv auf die im hohen Alter vermehrt auftretende Demenz und die eingeschränkte Mobilität auszurichten und zu professionalisieren. Ein wichtiges Thema wird auch die Solidarität unter den Generationen sein.

Die SP fordert schon seit längerem einen Altersbeauftragten, so wie es ja auch das Leitbild des Stadtrates vorsieht. Bislang konnte diese Stelle

aber nicht geschaffen werden. Wie stehst Du ganz persönlich zu dieser Forderung?

Ich stehe voll und ganz hinter dieser Forderung. Ich habe sie bereits zu Beginn meiner ersten Amtsperiode zusammen mit der Fachkommission formuliert und dem Stadtrat unterbreitet. Erst beim zweiten Versuch im Stadtrat konnte ich mit meinem Anliegen durchdringen, wobei dann allerdings der Gemeinderat die Stellenschaffung nicht bewilligte. Selbstverständlich werde ich dieses Anliegen auch weiterhin und mit Vehemenz vertreten!

Du stehst einer Abteilung vor, welche ein sehr breites Spektrum an Themen abdeckt, vom Abfall über den Sport bis hin zur Alterspflege und zum Spital. Ist diese Verschiedenartigkeit der Aufgaben nicht manchmal etwas schwierig?

Es ist sicher so, dass homogenere Abteilungen in gewisser Weise Vorteile bieten, gerade wenn man neu im Amt ist. Am Anfang meiner Tätigkeit als Stadträtin musste ich mich in viele verschiedene Sachgebiete einarbeiten, was relativ aufwändig war. Mittlerweile habe ich mir aber in diesen verschiedenen Bereichen ein grosses Fachwissen angeeignet und ich liebe gerade diese Vielfalt, weil sie mir einen spannenden und abwechslungsreichen Arbeitsalltag eröffnet.

Gibt es einen Bereich, der Dir besonders am Herzen liegt?

Ich bin überzeugt, dass sich Uster im Bereich Gesundheit überregional positionieren muss. Die Ideen dazu liegen auf dem Tisch: Das Gebiet Wagerenstrasse bietet durch Spital, Heim Im Grund und Spitexzentrum sowie Wagerenhof Potential für eine «Gesundheitsmeile». Die bestehenden Angebote sind bereits durch andere Dienstleistungen im Gesundheitsbereich sinnvoll erweitert worden, wie zum Beispiel MediQi oder die

überregional positionieren»



Alterstagesklinik. Hier können aber durch zusätzliche Institutionen noch weitere Synergien geschaffen werden. So kann Uster ihren Bewohnerinnen und Bewohnern nicht nur eine sichere Gesundheitsversorgung und ein vielseitiges Gesundheitsangebot anbieten, sondern wird auch als Sitz für Firmen und Organisationen aus dem Gesundheitsbereich attraktiv, die hier gegenseitig vom vorhandenen Know-how profitieren können. Zu dieser Profilierung der Stadt Uster soll auch das lancierte Label-Projekt SanUster beitragen.

Du kandidierst jetzt für eine dritte Amtszeit. Welche Ziele willst Du in den nächsten vier Jahren erreichen?

In meiner Abteilung wollen wir uns weiter der grossen Herausforderung der Demographie stellen und zukunftsgerichtete und bedarfsgerechte Angebote für die Bevölkerung realisieren. Oberste Maxime bleibt dabei «ambulant vor stationär». Im Bereich Umwelt und Abfall wollen wir Uster mit weiteren unterirdischen Sammelstellen sowie einem griffigen «Litteringkonzept» weiter voranbringen und für eine saubere Stadt sorgen. Und im Sportbereich stehen verschieden Projekte an, von der Sanierung und Erweiterung des Hallenbades über die Realisierung von Beach-Volleyballfelder sowie die langfristige Planung und Konzentration des Fussballs auf der Anlage Buchholz.

Du möchtest also in Deiner Abteilung bleiben? Keine Wechselgelüste?

Nein, ich würde gerne weiterhin Vorsteherin der Abteilung Gesundheit bleiben. So kann ich die verschiedenen Projekte zum Abschluss führen.

Du bist als Sozialdemokratin Mitglied in einer mehrheitlich bürgerlichen Regierung. Fällt es Dir manchmal schwer, für etwas hin stehen zu müssen, dass Du so eigentlich nicht vertreten möchtest? Ich denke da zum Beispiel an die bürgerliche Sparpolitik.

Ja sicher, manchmal fällt mir das schwer. Aber ich verstehe mich voll und ganz als Konkordanzpolitikerin und trage Mehrheitsentscheide selbstverständlich mit. Es ist daher meine Aufgabe, solche Entscheide des Stadtrates gegenüber den Mitarbeitenden meiner Abteilung in einer positiven und motivierenden Art und Weise zu vertreten. Dies bedeutet, dass nach der Stadtratssitzung am Dienstag die Mittagspause ausreichen muss, um nicht genehme Entscheide des Stadtrates zu verdauen.

Kannst Du abschliessend mit einem Satz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Ich verfüge über grosse Erfahrungen, habe mich sowohl in ordentlicher Führung als auch im Krisenmanagement bewährt, agiere lösungsorientiert indem ich bevölkerungsnah und kostenbewusst entscheide, und möchte mit einem gut aufgebauten Team laufende Projekte weiterverfolgen und neue anpacken. Ich mache diesen Job sehr gerne und die Stadt Uster liegt mir am Herzen.

Stadtratswahlen: Interview mit Barbara Thalmann, Stadträtin SP Uster

«Jugendarbeit in den Vereinen ist enorm

FORUM: Barbara Thalmann, Du hast vor vier Jahren den Sprung vom Gemeinderat in den Stadtrat geschafft. Haben sich Deine Vorstellungen vom neuen Amt, die Du damals gehabt hast, erfüllt? Oder hast Du es Dir ganz anders vorgestellt?

Barbara Thalmann: Vorstellung und Wirklichkeit stimmen wohl nie überein, sei es bei einem neuen Amt oder einem neuen Job. So erging es mir auch hier. Vor allem war ich überrascht, was es heisst, einer Abteilung vorzustehen und sich in völlig neue Themenkreise einzuarbeiten. Auch die zahlreichen Repräsentationsaufgaben sind in einem Exekutivamt von anderer Bedeutung als im Parlament.

Du stehst der Abteilung Soziales vor. Hier wird im Bereich des Asylwesens vom Bund oder im Bereich der Sozialhilfe vom Kanton vieles vorgegeben, beispielsweise in der Bemessung der Sozialhilfe. Wie gross ist Dein Gestaltungsspielraum wirklich?

Der ist unterschiedlich: Am kleinsten ist der Gestaltungsspielraum im Bereich der Zusatzleistungen. Hier wird vor allem Geld ausbezahlt als Folge von vorgelagerten Leistungen von AHV und IV. Im Bereich der Sozialhilfe haben wir einen grösseren Spielraum. Dabei müssen wir ständig die Diskussion führen, wie wir uns der Armut stellen und mit welchen Instrumenten wir dieser begegnen. Schliesslich wandelt sich auch die Gesellschaft stetig und es tauchen immer wieder neue Fragestellungen auf. So probieren wir in Uster zurzeit ein Instrument aus, das sich um Kinder in Familien kümmert, die Sozialhilfe beziehen. Wie sorgen wir dafür, dass sich Armut nicht vererbt, lautet hier die Frage. Der Gestaltungsspielraum ist meines Erachtens grösser, als man oft vermutet.

Aktuell befinden wir uns ja in einer Rezession, die Arbeitslosenzahlen steigen. Was bedeutet das für die Stadt Uster? Was muss, was kann sie in dieser Situation tun?

Wir rechnen im nächsten Jahr mit einem Anstieg der Sozialhilfeszahlen, dies aufgrund der steigenden Arbeitslosenzahlen auf aktuell 5 Prozent. In guten Zeiten lag diese Ziffer bei der Hälfte. Hinter diesen Zahlen stehen aber Menschen. Unser Ziel muss es deshalb sein, diesen Menschen so gut als möglich zu helfen, ihre Situation zu verbessern und zu meistern. Oberstes Ziel ist dabei ganz klar die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt. Wenn dies aber – aus wel-



Barbara Thalmann vor der neuen Genossenschafts-siedlung Brandstrasse: «Es gibt genügend Wohnbaugenossenschaften, die bereit sind, zahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Sie benötigen dafür aber zahlbares Land.»

chen Gründen auch immer – nicht mehr möglich ist, dann braucht es weiterführende Massnahmen, entweder eine berufliche Perspektive im unterstützenden Arbeitsmarkt oder zumindest die soziale Integration.

Letztes Jahr ist der Verein Noveos mit seinen Werkstätten von Bubikon nach Riedikon gezogen. In Uster haben wir nun mit Werkheim, Wagerenhof und Noveos grosse soziale Einrichtung in Uster. Was bedeutet das für Uster?

Uster ist in dieser Hinsicht tatsächlich eine soziale Stadt. Stark fällt mir das bei Wirtschaftsveranstaltungen auf, wo man nicht nur auf Personen aus Gewerbe und Industrie trifft, sondern eben auch auf Vertreter dieser sozialen Einrichtungen, die in ihren Werkstätten ebenfalls qualitativ hochwertige Produkte herstellen. Für mich ist dies ein Beweis, dass sich alle Menschen in unserer Gesellschaft nützlich betätigen können, auch wenn sie Handicaps mitbringen. Diese Denkweise, welche eigentlich selbstverständlich sein sollte, gilt es zu fördern!

Wichtig fürs soziale Leben in einer Gemeinschaft sind auch Vereine. Die SP hat eine Initiative lanciert, mit der die Jugendarbeit der Sport- und Kulturvereine gefördert werden soll. Wie denkst Du darüber?

Die Jugendarbeit in den Vereinen ist enorm wichtig, ich sehe das auch bei meinen eigenen Kindern. Ein Kind, ein Jugendlicher verbringt seine Freizeit mit einer Tätigkeit, die ihm Spass macht. In einem Verein kann Verantwortung gegenüber Jüngeren geübt werden, es kommen unterschiedlichste Kinder zusammen, es geht

um das Zusammenleben, die Integration, aber auch um das Erreichen von Zielen. In diesem Spannungsfeld gilt es, Grundwerte wie Toleranz, Fairplay, Leistungsorientierung, Teamgeist, Hilfsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein zu leben – alles Schlüsselqualifikationen, die im späteren Leben auch gefragt sind. Die Vereine nehmen da eine wichtige Funktion wahr. Sie haben unsere Unterstützung verdient.

In den vergangenen Jahren wurde viel über Sozialmissbrauch diskutiert, vor allem in Zürich und anderen grossen Städten. Ist das Thema auch in Uster virulent?

In Uster wird nicht mehr und nicht weniger Missbrauch betrieben als anderswo auch. Dass dieser geahndet werden muss, ist klar. Missbrauch tolerieren wir in Uster nicht. Wo entsprechende Hinweise vorliegen, werden Abklärungen getätigt. Soweit sich der Verdacht bestätigt, erstatten wir Strafanzeige. Betonen möchte ich aber auch, dass nur ein kleiner Bruchteil der SozialhilfebezügerInnen missbräuchlich handelt. Wegen dieser Fälle alle SozialhilfebezügerInnen unter Generalverdacht zu stellen, ist absolut falsch.

Zunehmend zum Thema wird auch der Druck auf dem Wohnungsmarkt. Die Mieten steigen, auch in Uster. Erstellt werden vor allem Wohnungen im mittleren und oberen Segment. Wie kann die Stadt diesem Druck begegnen?

In Uster gibt es viele neue, eher teure Wohnungen, darunter viel Stockwerkeigentum. Es gibt aber auch eine grosse Anzahl Altliegenschaften, die (noch nicht) saniert sind und darum relativ günstige Mieten aufweisen. Meine Meinung ist, dass wenn wir auf dem Wohnungsmarkt ähnli-

wichtig und verdient Unterstützung»



che Situationen wie in der Stadt Zürich oder an der Goldküste erreichen, die öffentliche Hand korrigierend bzw. ergänzend eingreifen muss. Es gibt genügend Wohnbaugenossenschaften, die bereit sind, zahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Sie benötigen hierfür aber zahlbares Land.

Du kandidierst jetzt für eine zweite Amtszeit. Welche Ziele willst Du in den nächsten vier Jahren erreichen?

Ganz generell: Arbeitsplätze schaffen und erhalten, gute Wohnungen aller Art fördern, die Stadtentwicklung in Richtung der 2000-Watt-Gesellschaft voranbringen und unsere Stadt als Kultur- und Vereinsstadt stärken. In der Sozialpolitik müssen wir weiter das soziale Netz sichern und die ausserfamiliäre Betreuung ausbauen. Die Wartelisten bei den Kleinkinderplätzen sind viel zu lang. Und schliesslich dünkt es mich gerade nach der Minarett-Abstimmung besonders wichtig, dass wir uns mit dem Verhältnis der verschiedenen Kulturen und Religionen auseinandersetzen. Das geht aber nur in einem offenen Dialog, den alle ehrlich führen müssen.

Du möchtest in Deiner Abteilung bleiben? Keine Wechselgelüste?

Ich habe einige Zeit gebraucht, bis ich mich in die komplexe Materie des Sozialwesens eingelebt habe. Das war mit dem Besuch von Tagungen, Konferenzen, aber auch mit Kontakten und Beziehungspflege verbunden. Von dieser geleisteten Aufbauarbeit soll auch die Stadt profitieren. Abgesehen davon fasziniert mich das Thema in einer Art und Weise, wie ich es anfangs so nicht erwartet habe. Auch habe ich ein sehr gutes Team, mit dem ich gerne zusammenarbeite.

Du bist als Sozialdemokratin Mitglied in einer mehrheitlich bürgerlichen Regierung. Fällt es Dir manchmal schwer, für etwas hin stehen zu müssen, dass Du eigentlich nicht vertreten möchtest? Ich denke da zum Beispiel an die ganze Sparpolitik?

In Sachen Sparpolitik haben wir als Stadtrat, Linke wie Bürgerliche, eine doch einhellige Meinung vertreten, in dieser Hinsicht fühle ich mich nicht in der Minderheit. Es gibt hie und da sicher Themen, bei denen wir unterschiedliche Meinungen vertreten. Aber es gilt nun mal der Grundsatz der Mehrheiten, und dieser ist zu akzeptieren. Wir haben im Allgemeinen aber eine gute Diskussionskultur im Stadtrat und unterschiedliche Meinungen werden gegenseitig respektiert.

Kannst Du abschliessend mit einem Satz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Ich kenne die Stadt Uster, ich kenne die Ustermer Bevölkerung. Ich habe Freude an meinem Amt und setze mich gerne für unsere Stadt und deren BewohnerInnen ein. In den nächsten vier Jahren stehen wichtige Entscheidungen an – beispielsweise zum Zeughausareal, zu Kulturräumen, zum Kern Uster, zu Verkehrsfragen – welche ich mitgestalten und mittragen möchte.

Gemeinderatswahlen: Balthasar Thalmann über die Zukunft des Zentrums

Mit Herz für ein neues Zentrum

Uster hat ein Zentrum mit viel Potenzial. Dieses können und müssen wir nutzen. Denn in den nächsten Jahren ist bei vielen Arealen eine Veränderung zu erwarten. Wenn wir diese Chance schlau nutzen, können wir das Zentrum von einem Flickwerk zu einer attraktiven, fussgängerfreundlichen Innenstadt entwickeln. Dazu braucht es aber Weitsicht und den Mut, über den eigenen Nasenspitz hinaus zu denken.

Von Balthasar Thalmann

Uster kann sich nicht mit einer pittoresken mittelalterlichen Altstadt brüsten. Der historische Ortskern befindet sich am Fusse des Burghügels. Das heutige Stadtzentrum aber liegt direkt neben dem Bahnhof, zwischen dem Aabach und der Bahnlinie, zwischen dem Stadthaus und dem Zeughausareal. Der Bahnhof ist der Dreh- und Angelpunkt dieses Zentrums, täglich benutzen ihn 35'000 Menschen. Mit dem «Uschter 77» und dem «Illuster» befinden sich zudem zwei grosse Einkaufszentren mittendrin. Dennoch macht das Zentrum mehr den Eindruck eines Flickwerks als den einer lebendigen Innenstadt. Das kann man aber ändern.

10 Fragen in den nächsten 20 Jahren

In den nächsten Jahren stehen bei diversen Gebieten im Zentrum wichtige Veränderungen an. Konkret muss die Frage zur Entwicklung von neun Arealen beantwortet werden (Stadthaus-erweiterung, Kern Süd, Jelmoli-Areal, Illuster, Bezirksgebäude, Widmer-Areal, Zeughausareal, Stadthofsaal, Uschter 77). Und nicht zuletzt müssen wir die ewige Diskussion um die Parkplätze endlich einmal zu einem Ende bringen. Wenn es uns gelingt, für diese 10 Fragen schlaue Antworten zu finden, dann können wir das Ustermer Zentrum zu einem starken Zentrum machen. Eines das 18 Stunden am Tag belebt ist, eines, wo man einkaufen und flanieren, aber auch sein Feierabendbier in städtischem Ambiente geniessen kann. Ein Zentrum, das sich durch eine hochwertige Gestaltung des öffentlichen Raums, der Strasse und Plätze, und eine gelungene Architektur bei den Hochbauten auszeichnet.

Ein historischer Parkplatzkompromiss?

Ein Zentrum ist nur dann attraktiv, wenn es auch fussgängerfreundlich ist. Damit es damit vorwärts geht, hat die SP die Volksinitiative «Für ein fussgängerfreundliches Zentrum» lanciert.



Balthasar Thalmann im Stadtzentrum von Uster: «Uster braucht ein starkes und fussgängerfreundliches Zentrum.»

Die Lancierung dieser Initiative wurde von einigen als Kreuzzug gegen die Parkplätze im Zentrum bezeichnet. Doch das ist grundfalsch! Damit wir beispielsweise in der Parkplatzfrage einen Schritt weiter kommen, könnte ich mir durchaus einen Parkplatzkompromiss vorstellen: Im Zentrum gibt es keine oberirdischen Parkplätze mehr, dafür finanziert die öffentliche Hand für jeden weggefallenen oberirdischen Parkplatz einen unterirdischen. So bliebe das Zentrum für Autofahrende erreichbar und es könnte fussgängerfreundlich gestaltet werden, so dass auch diejenigen, welche gerne zu Fuss, mit dem Velo oder dem öffentlichen Verkehr ins Zentrum wollen, sich hier ebenfalls willkommen fühlen.

Gemeinsam vorwärts machen

Die SP-Fraktion hat drei parlamentarische Vorstösse zum Zentrum lanciert. Der Vorschlag, für das Gebiet um den Stadthofsaal eine strategische Planung zu machen, sowie die Forderung nach einem städtebaulichen Konzept für das Zentrum scheiterten an der bürgerlichen Mehrheit im Parlament. Erst die Idee, dass eine breit abgestützte Organisation die Denkarbeit für die Zukunft des Zentrums übernehmen soll, fand dann eine

Mehrheit, und dies obwohl – wie danach auf der Homepage der FDP Uster nachzulesen war – der Vorstoss vom «falschen Absender» kam...

Doch wenn wir das Generationenprojekt Zentrumsentwicklung tatsächlich vorwärts bringen wollen, dann müssen Grundeigentümer, die Politik, die Wirtschaft und die Bevölkerung gemeinsame Sache machen. Dabei sind Weitsicht und Mut notwendig; Mut, weiter als über den eigenen Nasenspitz hinaus zu denken und vielleicht auch mal etwas Neues zu wagen. Und nicht zuletzt braucht es die Detailhändler, Wirtsleute und KulturveranstalterInnen, die selbstbewusst für das Zentrum einstehen und an dessen Zukunft glauben.

Ich auf jeden Fall glaube daran und kämpfe mit Herz für ein neues Herz für Uster.

Balthasar Thalmann (1976, Kirchuster) ist dipl. Kulturingenieur ETH und arbeitet als Raumplaner. Er ist Präsident von zapzarap. Seit 2006 gehört er dem Gemeinderat an, ist Mitglied der Kommission Planung und Bau und präsidiert seit 2008 die SP-Gemeinderatsfraktion. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 1.

Gemeinderatswahlen: Claudia Wyssen über die Bedeutung von Kultur und Sport in Uster

Kultur fördert, verbindet und integriert

Für eine Stadt wie Uster ist es enorm wichtig, dass sie über ein lebendiges Kulturleben verfügt. Und dazu gehören nicht nur Kunstausstellungen und Theateraufführungen, sondern auch ein Vereinsleben oder Angebote wie das frjz. Kulturförderung ist immer Standortförderung, haben doch viele Anlässe eine regionale Ausstrahlung und werden von Menschen aus dem ganzen Zürcher Oberland besucht, wie zum Beispiel das Openair-Kino jeden Sommer zeigt.

Von Claudia Wyssen

Warum leisten wir uns eigentlich Kultur? Weil Kultur fördert, verbindet und integriert. Weil kulturelle Aktivitäten zur Entfaltung, zur Auseinandersetzung mit und zur Gestaltung unserer Gemeinschaft beitragen. Weil Kultur Begegnung und Kommunikation ist. Weil wir in Vereinen und Organisationen, als Laien und Profis durch Theater, Musik und Tanz neue Erfahrungen sammeln können. Dies alles zeigt: Kultur ist kein Luxus, Kultur ist für unsere Gemeinschaft eine Notwendigkeit. Und daraus ergibt sich auch: Die Förderung eines vielfältigen Kulturangebots ist auch für Uster von entscheidender Bedeutung.

Im Vordergrund steht dabei einerseits die klassische Förderung von KünstlerInnen und VeranstalterInnen, andererseits wird aber gerade in Uster in den nächsten Jahren das Thema der Verfügbarkeit von Räumlichkeiten ein grosses Thema sein. Besonders bei den grossen Räumen, die (auch) kulturell genutzt werden können, stehen wichtige Veränderungen an. Wir müssen uns entscheiden, was wir wie, und was wir wo haben wollen. Im Zentrum der Überlegungen steht dabei natürlich das Zeughaus-Areal, welches weiterhin für den Kulturbetrieb erhalten bleiben muss und im Rahmen eines Gesamtkonzeptes als Standort für einen neuen Stadthofsaal dienen kann. Auch für die Kleinkunst-Bühne Qbus muss eine nahtlose Anschlusslösung gefunden werden und die Zukunft des Musikcontainers geklärt werden.

Kulturförderung ist Standortförderung

Die Stadt Uster unterstützt einige wertvolle Institutionen, die aus Usters Leben kaum mehr wegzudenken sind. Auf dem Abenteuerspielplatz Holzwurm lernen Kinder wichtige Sozialkompetenzen und können unersetzliche Erfahrungen sammeln. Die Kulturgemeinschaft Uster



Claudia Wyssen auf dem Zeughaus-Areal: «Ein lebendiges Kulturleben in Uster ist mehr als ein Standortvorteil.»

organisiert zahlreiche kleinere und grössere kulturelle Anlässe, welche unsere Kulturlandschaft sehr bereichern. Das Freizeit- und Jugendzentrum hat sein Angebot in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt. Die Stadtbibliothek hat durch den Umbau stark an Attraktivität gewonnen. Auch die Förderung lokaler Kunstschaffender und Kulturanbieter ist durch Förderbeiträge und Preise weiter zu unterstützen. Das alles lohnt sich, denn alle diese Institutionen prägen Uster als kulturelles Zentrum über die Region hinaus. Kulturförderung ist deshalb immer auch Standortförderung.

Vereinsarbeit muss unterstützt werden

Auch die vielen Vereine, welche in Uster ansässig sind, leisten eine enorme Arbeit. Sie bilden zum einen das Rückgrat unseres sportlichen, kulturellen und geselligen Lebens, leisten aber zum anderen auch wichtige soziale Beiträge, etwa bei der Integration ausländischer Jugendlicher und Erwachsener in unsere Gesellschaft oder durch die Förderung des Verständnisses verschiedener Kulturen füreinander. Sie haben deshalb nicht nur unsere Wertschätzung, sondern auch unsere Unterstützung verdient.

Die SP-Fraktion hat sich in den letzten vier Jahren mit mehreren Vorstössen für eine aktive Unterstützung jener Vereine eingesetzt, welche mit Jugendlichen arbeiten, etwa durch einen Erlass der Benützungsgebühren für Sporthallen. Da diese Vorstösse im Gemeinderat aber keinen Erfolg hatten, hat die SP Uster jetzt die Initiative «Keine Gebühren zulasten von Jugend- und Sportvereinen» lanciert.

Mit unserer Initiative wollen wir erreichen, dass die Vereine in Zukunft ihre Mittel direkt in die Jugendlichen investieren können, und sie so finanziell entlastet werden. Vereine haben mit genügend anderen Problemen bei der Suche nach TrainerInnen und Vorstandsmitgliedern zu kämpfen, sie sollen nicht auch noch das Geld von Eltern und Sponsoren an die Stadt abliefern müssen.

Claudia Wyssen (1979, Gschwader) ist Hebamme. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Bildung und Kultur. Im laufenden Amtsjahr präsidiert sie den Gemeinderat und ist damit aktuell die «höchste Ustermerin». Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 2.



«Uster braucht ein starkes und fussgängerfreundliches Zentrum.»

Balthasar Thalmann (1976, Kirchuster) ist dipl. Kulturingenieur ETH und arbeitet als Raumplaner. Er ist Präsident von zapzarap. Seit 2006 gehört er dem Gemeinderat an, ist Mitglied der Kommission Planung und Bau und präsidiert seit 2008 die SP-Gemeinderatsfraktion.



«Ein lebendiges Kulturleben in Uster ist mehr als ein Standortvorteil.»

Claudia Wyssen (1979, Gschwader) ist Hebamme. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Bildung und Kultur. Im laufenden Amtsjahr präsidiert sie den Gemeinderat und ist damit aktuell die «höchste Ustermerin».



«Mit einer Kantonsschule stärken wir den Bildungsstandort Uster.»

Regula Trüeb (1959, Nänikon) ist diplomierte Berufsschullehrerin, unterrichtet am Bildungszentrum Uster und ist Konventspräsidentin. Seit 2002 gehört sie dem Gemeinderat an und ist Präsidentin der Kommission Bildung und Kultur.



«Eine hochstehende Pflege und Betreuung ist auch in Zukunft wichtig.»

Julia Amherd (1967, Oberuster) ist ausgebildete Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Soziales und Gesundheit.



«Auch im Alter sollen die Menschen in Uster in Würde leben können.»

Walter Strucken (1943, Wermatswil) ist pensionierter Sozialarbeiter, Stiftungsrat des Werkheims Uster und Präsident des Vereins Bachstel Uster. Er ist seit 2007 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Soziales und Gesundheit.



«Uster hat das Potential eine vorbildliche Minergie-Stadt zu sein.»

Peter Grob (1955, Wermatswil) ist diplomierte Berufsschullehrer und unterrichtet am Bildungszentrum Uster. Er gehört dem Gemeinderat seit 2008 an und ist Mitglied der Kommission Planung und Bau.



«Integration setzt gleichberechtigte Bildungschancen voraus.»

Monika Ammeter (1957, Nossikon) ist Beraterin SSGT und Marte Mec-Therapeutin. Sie gehört seit 1998 der Sekundarschulpflege Uster an und ist seit 2002 Vizpräsidentin dieser Behörde.



«Sport- und Kulturvereine verdienen mehr Anerkennung und Förderung.»

Markus Wanner (1962, Niederuster) ist Betriebsökonom FH und Finanzverwalter einer Gemeinde im Zürcher Oberland. Er ist Mitglied des Vorstandes des Handball-Clubs TV Uster.



«Eine sichere Gesundheitsversorgung ist für Uster zentral.»

Mirjam Stauffer (1969, Kirchuster) ist Physiotherapeutin. Bis 2009 war sie Präsidentin des Berufsverbandes Physiotherapie Zürich-Glarus.



«Uster braucht eine Finanzpolitik, die in die Zukunft investiert.»

Rolf Graf (1954, Niederuster) ist eidg. dipl. Buchhalter und Controller. Er gehört dem Gemeinderat seit 1998 an, ist Mitglied der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit und Präsident der Rechnungsprüfungskommission.



Patricia Morf
(1986, Kirchuster)
Kauffrau und Lehrlingsauszubildnerin



Daniel Wyssen
(1965, Gschwader)
Bankangestellter, Vizepräsident Lokremise



Theres Pacheco
(1980, Kirchuster)
Juristin



Ruedi Winet
(1962, Nänikon),
Adjunkt Vormundschaftsbehörde



Lucia Thaler
(1988, Oberuster)
Studentin Umweltnaturwissenschaften



Seyhan Kähya
(1991, Kirchuster)
Maturand, Präsident
JUSO Zürcher Oberland



Marie Louise von Rohr
(1987, Oberuster)
Jus-Studentin



Stephan Häslar
(1958, Oberuster)
Wirt und Kulturmanager,
Präsident Jazzclub



«Uster soll eine wohnliche urbane Stadt für alle sein.»

Marius Weder (1973, Winikon) ist Jurist und Richter am Bezirksgericht Dietikon. Er ist seit 2009 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Planung und Bau.



Elisabeth Schlegel
(1957, Gschwader)
eidg. dipl. Buchhalterin



Fikri Saliu
(1961, Niederuster)
Gärtner



Erika Kummer
(1945, Nänikon)
Stipendienberaterin



Markus Lenzin
(1954, Nossikon)
lic. phil., Erziehungswissenschaftler



Lydia Hässig
(1960, Oberuster)
lic. phil., Berufsschullehrerin,
Mitglied Geschäftsleitung SPU



Ali Özcan
(1974, Oberuster)
Logistiker FH, Aktuar
Moschee Uster, Elternrat
Schule Oberuster



Annemarie Vogt
(1957, Oberuster)
Psychologin FSP,
Berufs- und Laufbahnberaterin



Marcel Scholl
(1971, Kirchuster)
Staatsanwalt



«Dem Langsamverkehr gehört auch in Uster die Zukunft.»

Martin Zwysig (1962, Oberuster) ist Informatiker und Hausmann. Er ist Mitglied der Elterngruppe Holzwurm und war vor seinem Umzug nach Uster Gemeinderat in Opfikon-Glattbrugg.



Christina Zbinden
(1956, Kirchuster)
Berufsberaterin



Kurt Hemmann
(1959, Wermatswil)
Schulleiter



Irène Vögeli
(1948, Uster)
Primarlehrerin



Hans Conrad Daeniker
(1950, Nossikon)
lic. phil., selbst. Berater



Kathrin Agosti
(1964, Oberuster)
Juristin



Michael Messmer
(1951, Oberuster)
Personalchef



Andreas Kisch
(1946, Nänikon)
lic. phil., Erwachsenenbildner



Walter Brügel
(1954, Oberuster)
Erwachsenenbildner,
Psychologe FSP

Gemeinderatswahlen: Regula Trüeb über den Mittelschulstandort Uster

Kantonsschule Uster: 136 Jahre Warten sind genug

«Seit 120 Jahren buhlt Uster um eine Kantonsschule – doch nie war man dem Ziel so nahe wie heute.» Dies schrieb 1994 eine Oberländer Zeitung über den Bildungsstandort Uster. Heute, 16 Jahre später, ist dieses Zitat leider genau so aktuell wie damals: Uster hat noch immer keine eigene Kantonsschule. Allerdings hat sich in den letzten Jahren der Druck erhöht, die Lücke in der Bildungslandschaft der drittgrössten Stadt im Kanton Zürich endlich zu schliessen. Glücklicherweise.

Von Regula Trüeb

Die Kantonsschulen Wetzikon und Glattal in Dübendorf platzen seit Jahren aus allen Nähten. Insbesondere die Schulraum-Situation der Kanti Glattal ist schwieriger denn je zuvor: Der Unterricht findet in sechs verschiedenen Raumprovisorien in Dübendorf und Uster statt, was Zeitverluste durch die Ortswechsel, zerstückelte Stundenpläne und eine erschwerte Zusammenarbeit der Lehrkräfte mit sich bringt. Auch die übrigen Schulen des Bildungszentrums Uster (BZU) leiden seit Jahren an Platzmangel: So pendeln zum Beispiel die Lernenden der Kaufmännischen Berufsschule in Uster zwischen dem Hauptgebäude in Niederuster und der Filiale Jockey in Oberuster. Alles in allem herrschen missliche Bedingungen, denen die Lernenden und die Lehrpersonen jedoch mit erstaunlicher Flexibilität begegnen, um die Schulqualität zu gewährleisten.

Opfer bürgerlicher Sparwut?

Im Februar 2005 hat der Kantonsrat der bereits 1974 geplanten Verlegung der Kantonsschule Glattal von Dübendorf nach Uster zugestimmt. Für den notwendigen Neubau der Kantonsschule Uster wurde ein Architekturwettbewerb lanciert und im Dezember 2007 das Siegerprojekt gekürt. Der Bau hätte 2009 begonnen und 2012 bezogen werden können, doch die bürgerliche Mehrheit in Regierung- und Kantonsrat war nicht bereit, das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen und legte so die Ausarbeitung des Siegerprojektes auf Eis. Erst dank dem Druck aus der Region, namentlich dem Einsatz unseres Stadtpräsidenten Martin Bornhauser, wurde der Projektierungskredit freigegeben und die Ausarbeitung des Projektes konnte weitergehen. Doch bis der Neubau in der Hofhuren bezugsbereit ist, sind noch einige Hürden zu nehmen. Der Kanton muss einen Objektkredit von geschätz-



Regula Trüeb vor dem Bildungszentrum Uster: «Mit einer Kantonsschule stärken wir den Bildungsstandort Uster.»

ten 80 bis 100 Millionen Franken bewilligen. Die Höhe wird zweifellos zu reden geben und die bürgerliche Mehrheit im Regierungs- und Kantonsrat muss überzeugt werden, dass der Bau der Kantonsschule nicht weiter verzögert werden darf. Hier haben vor allem auch die Kantonsratsmitglieder aus der Stadt und dem Bezirk Uster Überzeugungsarbeit zu leisten.

Falls der Kantonsrat seine Sparwut überwindet und dem Objektkredit zustimmt, könnten die Bauarbeiten 2012 beginnen; der Bezug durch die Mittelschule und die Berufsschulen könnte dann im Jahre 2015 erfolgen. Für Uster wäre dies ein Meilenstein und eine Bereicherung.

Kantonsschule als Standortfaktor

Uster ist mit über 32'400 EinwohnerInnen die drittgrösste Stadt im Kanton und wächst weiter. Ich kenne in der Schweiz keine Stadt dieser Grösse, die nicht über eine Kantonsschule verfügt. Insbesondere für mittelständische Familien ist ein gutes Bildungsangebot ein wichtiges Kriterium für die Wohnortwahl. Eine Kantonsschule Uster komplettiert mit den zwei Berufsschulen und der Berufswahlschule das Bildungsangebot der Sekundarstufe II. Ausserdem ist ein architektonischer Neubau für Uster auch eine städtebauliche Aufwertung und dank

ort stattfindender Theateraufführungen, Konzerten und Lesungen für die Bevölkerung ein kultureller Gewinn.

Der Standort Hofhuren ist zudem ideal, da er durch den öffentlichen Verkehr gut erschlossen ist. Im Bildungszentrum entstehen Synergien zwischen der Kantonsschule und den beiden Berufsschulen: Räumlichkeiten, wie z.B. Mediathek, Mensa, Aula und die Weiterbildungsangebote können gemeinsam genutzt werden. Die Sportanlagen werden durch drei Turnhallen ergänzt, was auch den Ustermer Vereinen zugute kommt.

Die SP setzt sich schon seit langem sowohl auf städtischer wie kantonaler Ebene für den Schulhausneubau in der Hofhuren ein, damit die Kantonsschule Glattal endlich am Standort Uster angesiedelt werden kann. Uster soll keine weiteren 136 Jahre mehr auf eine Kantonsschule warten müssen.

Regula Trüeb (1959, Nänikon) ist diplomierte Berufsschullehrerin, unterrichtet am Bildungszentrum Uster und ist Konvents- vizepräsidentin. Seit 2002 gehört sie dem Gemeinderat an und ist Präsidentin der Kommission Bildung und Kultur. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 3.

Gemeinderatswahlen: Rolf Graf über die Finanzpolitik der Stadt Uster

Bürgerliche Finanzpolitik: Zeichen von Ratlosigkeit und Misstrauen

Auch wenn von bürgerlicher Seite das Gegenteil behauptet wird: Die Finanzen der Stadt Uster sind gesund. Und sie werden es auf absehbare Zeit auch bleiben. Das Eigenkapital von 130 Millionen, die langfristigen Schulden und damit auch die Zinslast sind auf einem vernünftigen Niveau. Eine vernünftige und nachhaltige Finanzpolitik wäre also möglich. Doch die bürgerlichen Parteien haben kein Interesse daran. Ihnen mangelt es an finanzpolitischem Augenmass.

Von Rolf Graf

Nachhaltigkeit ist in aller Munde, und jede Politikerin und jeder Politiker hat sich nachhaltiges Handeln auf die Fahne geschrieben. Im Bereich der natürlichen Ressourcen und der Umwelt ist klar, was damit gemeint ist (auch wenn die radioaktiven Abfälle der Kernkraftwerke das pure Gegenteil von nachhaltig sind). Doch was heisst Nachhaltigkeit bei den Finanzen? Grundsätzlich auch hier: Nicht zulasten der nächsten Generation leben. Also keine übermässigen Schulden auflaufen lassen und die erforderlichen Investitionen nicht auf die lange Bank schieben. Haben deshalb die bürgerlichen Parteien anlässlich der Beratung des Voranschlags 2010, als sie das Budget der Stadt um zwei Millionen kürzten, nachhaltige Finanzpolitik betrieben? Leider nicht ansatzweise.

Sparen, um die Steuern zu senken

Vorweg muss festgehalten werden, dass bezüglich den Finanzen der Stadt Uster kein Grund zu Panik besteht: Uster steht mit einem Eigenkapital von fast 130 Millionen Franken finanziell ausgezeichnet da. Zudem hat der Stadtrat dem Parlament ohne ausserordentliche Abschreibungen ein fast ausgeglichenes Budget vorgelegt. Dennoch ist es natürlich nicht falsch, Ausgabenpositionen zu hinterfragen und zur Disposition zu stellen. Auch die SP-Fraktion hat dies getan, etwa beim Betreibungsamt.

Anders die bürgerlichen Parteien: Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse drückten sie überall pauschale Kürzungen durch, ein Zeichen von Ratlosigkeit und Misstrauen gegenüber einem bürgerlich dominierten Stadtrat und der Verwaltung. Diese Kürzungen wären aber noch einigermaßen nachvollziehbar, wenn die bürgerlichen Parteien tatsächlich von Sorgen um die Ustermer Finanzen getrieben worden wären. Das es ihnen aber um etwas ganz anderes ging,



Rolf Graf vor dem Stadthaus: «Uster braucht eine Finanzpolitik, die in die Zukunft investiert.»

zeigten sie beim Steuereffuss, den sie um zwei Prozentpunkte senkten. Mit anderen Worten: Es musste gespart werden, damit der Steuereffuss gesenkt werden konnte.

Kurzfristige Denkweise

Ich muss es mit aller Deutlichkeit sagen: Wer beispielsweise an der Bildung zugunsten einer Steuerfussenkung spart, betreibt keine nachhaltige Finanzpolitik – ganz im Gegenteil, er beraubt die nächsten Generationen ihrer Möglichkeiten und ihrer Potenziale. Und wenn dann auch noch dringend erforderliche Unterhaltsarbeiten aus der Investitionsrechnung gestrichen werden, so ist dies nicht nachhaltig sondern kurzfristig, weil die aufgeschobenen Arbeiten uns später teurer zu stehen kommen.

Auch hat das Ustermer Parlament mit der Senkung des Steuereffusses auf das kantonale Mittel die Hoheit über ihren Steuereffuss teilweise aus der Hand gegeben: Sobald das kantonale Mittel auch nur um einen Prozentpunkt ansteigt, ist die Stadt Uster ebenfalls gezwungen den Steuereffuss zu erhöhen. Tut sie es nicht, verliert sie den kantonalen Finanzausgleich, was ein Loch in der Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages in die Stadtkasse reissen würde.

Steuersenkung ist nicht spürbar

Und wer glaubt, dass wegen der Steuersenkung mehr Leute nach Uster ziehen werden oder dass wir dank der Steuersenkung jetzt mehr Geld zur Verfügung haben und gemeinsam den Konsum anheizen, der irrt gewaltig. Die Steuersenkung wird unbemerkt vorüberstreichen. Machen Sie den Test: Wie genau kennen Sie Ihre Steuerrechnung? Sie wissen sicherlich den Tausender, sie wissen allenfalls auch noch den Hunderter, ob es dann dahinter aber 90 oder 20 Franken waren, wissen Sie kaum und werden wegen den durchschnittlich 70 Franken Steuerersparnis nicht unbedingt mehr konsumieren. Der Stadt Uster aber fehlen dadurch jährlich über 1,4 Millionen Franken. Geld, das sie in unser alle Zukunft hätte investieren können. Und das wäre eine nachhaltige Finanzpolitik.

Rolf Graf (1954, Niederuster) ist eidg. dipl. Buchhalter und Controller. Er gehört dem Gemeinderat seit 1998 an, ist Mitglied der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit und Präsident der Rechnungsprüfungskommission. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 4.

Gemeinderatswahlen: Julia Amherd zu Berufsbildung und Jugendarbeitslosigkeit

Einen Beruf erlernen heisst in der Erwachsenenwelt Einzug halten

Junge Menschen sind voller Energie- und Tatendrang. Sie sind neugierig und risikofreudig und möchten eigenständige Mitglieder unserer Gesellschaft werden. Ganz zentral bei diesem Schritt vom Jugendlichen zum Erwachsenen ist die Berufsausbildung. Doch leider erhalten viele Jugendliche diese Chance heute nicht mehr: Die Jugendarbeitslosigkeit steigt von Jahr zu Jahr an. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Von Julia Amherd

Vor einigen Monaten schockierten und beschäftigten uns einmal mehr Bilder und Nachrichten aus den Vorstädten von Paris, wo junge Menschen Autos verbrannten und Schulen anzündeten. In den Medien ist dabei die Rede von sozialer Ungerechtigkeit und vom Versagen der französischen Integrationspolitik. Die hohe Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen mag dabei ein nicht zu unterschätzender Faktor sein.

Diese Nachrichten können uns nicht egal sein, steigt doch die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen auch bei uns im Kanton Zürich kontinuierlich von Jahr zu Jahr an. Eine Lehrstelle zu finden, die dem eigenen Berufswunsch entspricht, bleibt für viele junge Menschen, auch in unserer Stadt ein Traum, dessen Erfüllung unerreichbar scheint. Mit dem Eintreten ins Berufsleben folgt ein wichtiger Schritt in Richtung Eigenständigkeit junger Menschen, nämlich der Beginn des Entwickelns eigener Zukunftsperspektiven. Haben sie die Möglichkeit ins Erwerbsleben einzusteigen nicht, was haben sie dann für Perspektiven?

Stadtverwaltung mit Vorbildcharakter

Junge Menschen sind voller Energie und Tatendrang. Sie sind neugierig und risikofreudig. Sie alle möchten eigenständige Mitglieder unserer Gesellschaft werden, die ihren Anteil an Verantwortung übernehmen können und wollen. Als Berufsschullehrerin vertrete ich die Ansicht, dass wir eine Jugendarbeitslosenrate, welche deutlich über der Gesamtarbeitslosenquote liegt, keinesfalls hinnehmen dürfen. Kanton und Gemeinde sind gefordert für mehr Lehrstellen zu werben. Die Stadtverwaltung hat dabei Vorbildcharakter gegenüber den Betrieben, die in Uster und Umgebung angesiedelt sind. Nicht nur in der Verwaltung sind mehr Lehrstellen möglich, auch in den städtischen Alters- und Pflegeheimen sind Ausbildungsplätze vermehrt zu



Julia Amherd vor dem Krankenhaus Im Grund: «In den städtischen Alters- und Pflegeheimen sind vermehrt Ausbildungsplätze zu schaffen.»

schaffen und zu erhalten. Gerade weil die Bevölkerung immer älter wird, sind wir in diesem Bereich inskünftig auf mehr und gut ausgebildete Fachleute angewiesen.

Auszubildende brauchen zudem befähigte AusbilderInnen an ihrer Seite, die gewährleisten, dass der Transfer von der in der Berufsschule gelehrteten Theorie, in der Praxis ihren Niederschlag findet. Dieser Transfer kann nur dann gewährleistet sein, wenn dazu genügend Zeit und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Ich bin mir bewusst: Diese Investitionen in die Berufsbildung sind kurzfristig teuer, langfristig sind sie ein unbezahlbarer Gewinn für unsere Gesellschaft, weil junge Menschen die zukünftigen erwerbstätigen Erwachsenen sein werden. Sinnbildlich bleibt mir das Beispiel des Gesundheitswesens darzulegen: als diplomierte Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen weiss ich, wie wichtig gut ausgebildetes Personal für die Institutionen im Gesundheitswesen ist.

Mehr Attestausbildungen nötig

Eine Lehrstelle zu finden ist vor allem für leistungsschwache junge Menschen nahezu unmöglich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der kürzlich durchgeführten nationalen

Lehrstellenkonferenz waren sich darüber einig, dass vor allem diese Gruppe in die Berufsbildung integriert werden muss. Künftig soll die Lehrstellenförderung bis zu 100 Prozent aus dem Innovationsfonds des Bundes finanziert werden. Die Zahl der Lehrstellenförderinnen und -förderer soll erhöht werden, vor allem in den grossen Agglomerationen, wo dringend mehr Lehrstellen gebraucht werden, also auch im Grossraum Zürich, respektive bei uns.

Aber auch anderswo gibt es Handlungsmöglichkeiten: So sollten mehr Attestausbildungen angeboten werden. Sie sind ein Einstieg in eine eigentliche Bildungskarriere: Dank unserem modularen Bildungssystem kann schrittweise eine Nachqualifikation erfolgen. Ein Ansatz, der auch in der Stadtverwaltung mehr zu verfolgen ist. Gespannt warte ich nun auf Neuigkeiten bezüglich Lehrstellen- und Attestausbildungszuwachs in Uster!

Julia Amherd (1967, Oberuster) ist ausgebildete Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Soziales und Gesundheit. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 5.

Gemeinderatswahlen: Walter Strucken über eine nachhaltige Alterspolitik

Das Potenzial der älteren Menschen besser nutzen

Die demografische Entwicklung stellt uns vor grosse Herausforderungen. Eine umfassende Altersplanung ist für unsere Stadt dringend nötig. Deshalb ist die Schaffung eines Altersbeauftragten nicht mehr aufzuschieben, denn eine nachhaltige Alterspolitik ist mehr als das Bereitstellen von genügend Wohn- und Pflegeheimbetten.

Von Walter Strucken

Kürzlich musste ich in einem Fragebogen einige Angaben zur Person machen und auch das Alter angeben. Wahrscheinlich aus Höflichkeit wird da nicht das effektive Alter gefragt sondern man hat das Kreuzlein im entsprechenden «Alterssegment» anzubringen. Auffallend dabei: Über 60 Jahren gibt es nur noch ein Segment – «60 Jahre und reifer»... Ein kleines Beispiel, das zeigt, dass die Fragen rund um das Alter allzu pauschalisiert werden. Der bekannte Altersforscher François Höpflinger weist schon länger darauf hin, dass sich die Altersplanung einerseits um die «jungen Alten», d.h. die noch aktiven Senioren nach der Pensionierung bis gegen 80 Jahre kümmern muss und sich andererseits den Bedürfnissen der der «Hochbetagten» zuwenden muss.

Uster hat seit dem Jahre 2002 verdankenswerterweise ein Alterskonzept. Darin ist festgehalten, dass die gesamte Altersarbeit, die von der Stadt Uster geleistet wird, über eine zentrale Planungs- und Koordinationsstelle erfolgen soll. Diese Massnahme ist aber nie umgesetzt worden. Zwar schreibt der Stadtrat in der Einleitung zum Globalbudget 2010, dass der Altersbereich unverändert vor grossen Herausforderungen steht und deshalb das Alterskonzept von 2002 durch ein umfassendes Altersleitbild mit entsprechenden Strategien und Massnahmen ersetzt werden soll. Die entsprechenden personellen Ressourcen wollen die bürgerlichen Mehrheiten in Stadt- und Gemeinderat aber nicht gewähren.

Förderung bedarfsgerechter Wohnformen

Ich halte es für gefährlich, ja unverantwortlich, die dringend nötige Planungsarbeit im Altersbereich weiter hinauszuschieben. Im soeben erschienen Bericht zur Alterspolitik im Kanton Zürich wird auf den Verantwortungsbereich der Gemeinden hingewiesen. So sind etwa für die Sicherstellung der nötigen Pflegebetten die Gemeinden verantwortlich. Dezentrale Wohnformen für Betagte haben sich hierbei bewährt



Walter Strucken vor dem Altersheim Dietenrain: «Auch im Alter sollen die Menschen in Uster in Würde leben können.»

und entsprechen einem Bedürfnis von immer mehr Menschen. Es braucht in Uster deshalb weitere Angebote in diese Richtung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Selbstständigkeit von älteren und alten Menschen erhalten bleibt. Angesichts der Tatsache, dass 90 Prozent aller über 80-jährigen Personen zu Hause in den eigenen vier Wänden leben und leben wollen, wird deutlich, wie wichtig die Bereitstellung von Dienstleistungen ist, die es Menschen ermöglichen, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Dazu gehört auch, dass die Angebote des öffentlichen Verkehrs die Bedürfnisse und Möglichkeiten älterer Menschen berücksichtigen. Auch muss der öffentliche Raum möglichst hindernisfrei gestaltet werden.

Prävention im Alter ist nötig

Ich bin überzeugt, dass wir in Sachen Prävention in Uster zu wenig tun. Bei uns setzt Prävention erst ein, wenn die Spitex im Einsatz ist und so einen Heimeintritt hinauszögern oder verhindern kann. Das ist aber viel zu spät. Studien zeigen, dass durch eine früher einsetzende Gesundheitsförderung Kosten von etwa einer Milliarde Franken eingespart werden können. Eine wirksame Prävention und Gesundheits-

förderung verbessert also die Lebensqualität und senkt somit die Kosten.

Auch gilt es das Potenzial der älteren Menschen besser zu nutzen. Ältere Menschen verfügen über einen riesigen Erfahrungsschatz und viele davon sind bereit, diese Erfahrungen an die nächste Generation weiterzugeben. So unterstützen heute viele ältere Menschen Lehrerinnen und Lehrer an einzelnen Tagen im Schulunterricht, ehemalige Unternehmerinnen und Unternehmer als Mentorinnen und Mentoren jüngere Berufskolleginnen und -kollegen beim Start in die Selbstständigkeit. Es gäbe hier noch weitere Projekte, die geradezu darauf warten, umgesetzt zu werden. Das kann aber nur geschehen, wenn dafür jemand auch Zeit hat. Eine weitere Aufgabe, welche der oder die Altersbeauftragte an die Hand nehmen könnte.

Walter Strucken (1943, Wermatswil) ist pensionierter Sozialarbeiter, Stiftungsrat des Werkheims Uster und Präsident des Vereins Bachstei Uster. Er ist seit 2007 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Soziales und Gesundheit. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 6.

Gemeinderatswahlen: Peter Grob über die Möglichkeiten der Stadt Uster im Energiebereich

Energie muss wieder ein kostbares Gut werden

Langsam beginnen wir zu begreifen, dass sich unser Handeln bezüglich Energieverbrauch drastisch ändern muss. Nach der Epoche der Energieverschwendung muss nun das Zeitalter der Energieeffizienz und der nachhaltigen Energieproduktion folgen, und zwar weltweit. Was aber als globaler Durchbruch enden muss, kann nur im Kleinen beginnen.

Von Peter Grob

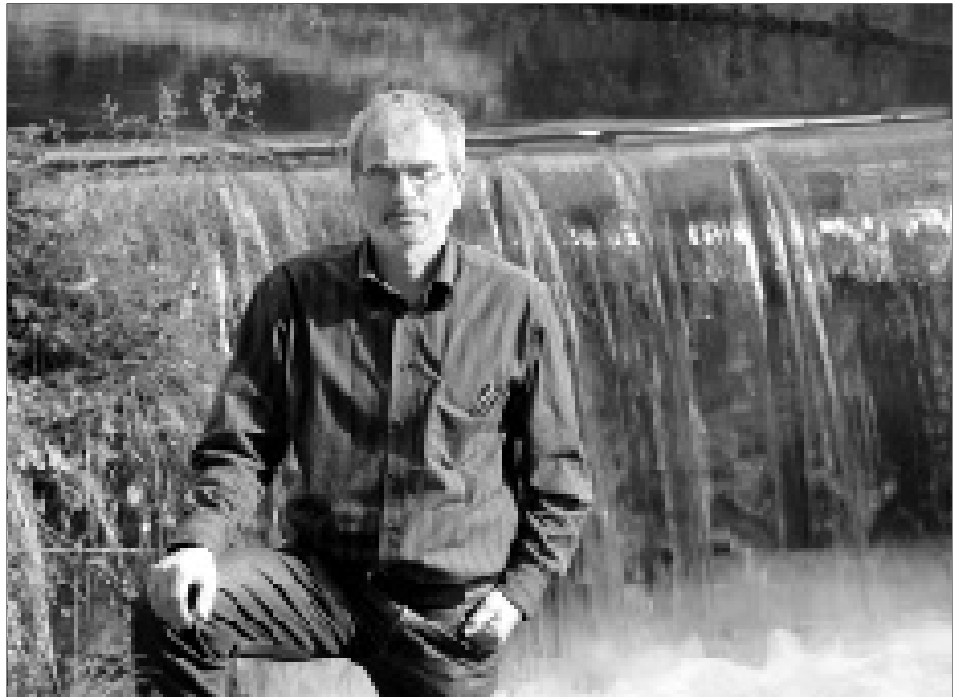
Schlagen wir die Zeitung auf oder schalten wir den Fernsehapparat ein, so merken wir schnell: Das ganz grosse Thema unserer Zeit ist die Klimaerwärmung und unsere beschränkten, nicht erneuerbaren Energieressourcen. Staatschefs treffen sich in Kopenhagen, in Konferenzen und Kommissionen wird über Lösungen beraten. Einfluss auf den Verlauf der Dinge, haben wir kleinen StaatsbürgerInnen nur wenig. Dem Thema annehmen können wir uns aber dennoch, denn was einmal global zum Durchbruch führen soll, muss im Kleinen beginnen. Auch in Uster.

2000-Watt-Gesellschaft keine Fantasterei

Ofť hört man vom Schlagwort der «2000-Watt-Gesellschaft». Was hat es damit auf sich? In der 2000-Watt-Gesellschaft müssen wir mit etwa einem Viertel des heutigen Energieverbrauches auskommen. Ist dieses Ziel Fantasterei oder eine vernünftige Vorgabe?

Nicht nur unzählige Minergie-Neubauten sondern auch erfolgreiche Gesamtanierungen von Altbauten beweisen klar, dass das Einsparpotenzial an Energie und damit an CO²-Emissionen riesig ist. Die 2000-Watt-Gesellschaft also Realität werden könnte.

2008 hat die Stadt Uster das Label «Energistadt» zum zweiten Mal erhalten. Dies muss uns ermutigen, wichtige Ansätze der Energiepolitik schneller und umfassender umzusetzen. Alle unsere neu zu erstellenden öffentlichen Bauten müssen den Minergiestandard-P erfüllen und viele schlecht isolierte Altbauten saniert werden. Diese Anstrengungen sollen für private Investoren als Vorbild dienen und zum Nachmachen anregen. Energetisch zukunftsweisende Bauten sind heute nicht mehr viel teurer als herkömmliche. Die Investitionen lohnen sich: Sie amortisieren sich innert kurzer Zeit dank den geringeren Energiekosten, sie schaffen aber auch Arbeitsplätze und generieren so neue Steuereinnahmen.



Peter Grob am Aabach: «Uster hat das Potential eine vorbildliche Minergie-Stadt zu sein.»

Energieberatungen, durch Fachleute durchgeführt, können privaten Investoren aufzeigen, wie Neubauten oder Sanierungen optimal zu realisieren sind. Nebst der Energieeinsparung, welches nach meiner Meinung die effizienteste Methode ist, den CO²-Ausstoss zu reduzieren, gilt es auch Sonnenenergie, Geothermie und andere CO²-neutrale Energieerzeugung im Hausbau zu nutzen.

Da die Nutzung dieser alternativen Energiequellen oft mit sehr grossen Investitionen verbunden ist, braucht es unbedingt die Möglichkeit, dass die Bauherren einen Energiekontrakt abschliessen können. Der Kunde würde dann anstelle von Gas die Wärme abkaufen, die z.B. durch eine Wärmesonde erzeugt wird, welche auf dem eigenen Grundstück steht.

Es ist auch dem ständigen Einsatz der SP zu verdanken, dass die Energie Uster AG künftig solche Energiekontrakte anbieten will.

Mobilitätsverhalten überdenken

Einen hohen Energiebedarf hat auch unsere heutige Mobilität. In den vergangenen Jahrzehnten entwickelten sich die Städte und Dörfer immer mehr zu Arbeits- oder Wohnstätten, zwischen denen gependelt werden muss. Die Folgen sind bekannt: Verstopfte Strassen, über-

füllte Züge, landfressende vier- und sechsspürige Autobahnen. Deshalb müssen wir auch diesen Aspekt unseres Lebens überdenken: Wir brauchen eine vernünftige Nutzungsdurchmischung, damit die Arbeitswege wieder kürzer werden. So könnten die meisten Menschen mit dem Velo oder dem Bus zu ihrem Arbeitsplatz gelangen. Voraussetzung dazu ist aber ein sicheres und dichtes Fuss- und Velowegnetz sowie gute öffentliche Verkehrsmittel.

Die Begegnungszone im Kern, wo sich alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt mit niedrigen Geschwindigkeiten und rücksichtsvoll den knappen Platz teilen, ist auszudehnen – zweifellos ein Gewinn für die Wohnstadt Uster. Diese Veränderungen dürfen natürlich nicht zur Beeinträchtigung der Busse führen, sind sie doch ein wesentliches Glied im Angebot des öffentlichen Verkehrs, welcher wesentlich energieeffizienter ist als der Individualverkehr.

Peter Grob (1955, Wermatswil) ist diplomierte Berufsschullehrer und unterrichtet am Bildungszentrum Uster. Er gehört dem Gemeinderat seit 2008 an und ist Mitglied der Kommission Planung und Bau. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 7.

Gemeinderatswahlen: Marius Weder zur Wohnbaupolitik in der Stadt Uster

Es braucht bezahlbaren Wohnraum für Familien

Die Wohnbaupolitik hat in den vergangenen Monaten wieder mehr politische Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Völlig zu recht: Den bezahlbaren Wohnraum für Familien wird gerade in den Städten immer knapper. Die öffentliche Hand ist deshalb gefordert, ein Gegengewicht zum privaten, auf Profit ausgerichteten Wohnungsbau zu setzen. Ewa in dem sie den genossenschaftlichen Wohnungsbau fördert.

Von Marius Weder

In den letzten Jahren ist auch in Uster vor allem Wohneigentum im mittleren und höheren Preissegment gebaut worden. Uster braucht aber auch ein Angebot an bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für Familien mit Kindern. Hier steht auch die Stadt Uster in der Pflicht: Sie muss städtisches Land vermehrt im Baurecht abgeben und insbesondere den genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Mit gutem Grund: Wohnbaugenossenschaften stellen nicht nur kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung, sondern fördern auch gemeinschaftliche Einrichtungen überdurchschnittlich stark und leisten immer wieder wichtige Impulse für eine ökologischere und energiesparendere Bauweise. Um diesem Ziel einen wenigstens kleinen Schritt näher zu kommen, hat die SP-Gemeinderatsfraktion mit Erfolg dafür gekämpft, dass die Stadt nicht weiter Land verkauft, nur um damit die Stadtkasse zu alimentieren. Als nächsten Schritt verlangen wir nun, das Bauland primär im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften abzugeben wird.

Uster muss proaktiv handeln

Anfang Jahr hat das Bundesamt für Wohnwesen (BWO) eine interessante Studie unter dem Titel «Preisgünstiger Wohnraum dank guter Raumplanung» publiziert. Diese zeigt, dass sich in einzelnen Regionen Normalverdienende den Wohnraum schlicht nicht mehr leisten können. Die Bevölkerungszunahme der letzten Jahre und ein stetig wachsender Wohnflächenkonsum hat in vielen Städten und Gemeinden zu einem Mangel an Wohnraum sowie hohen Boden-, Haus- und Mietpreisen geführt. Besonders von dieser Situation betroffen sind die grossen Städte. Immer mehr Leute können sich die hohen Wohnkosten nicht mehr leisten und sind gezwungen, Wohnraum in peripheren Lagen zu suchen. Dies ist aus zwei Gründen problematisch: Einerseits findet so eine Entmischung der Bevölkerung statt, andererseits steigen die Pend-



Marius Weder vor der Genossenschaftssiedlung Brandgrubstrasse: «Uster soll eine wohnliche urbane Stadt für alle sein.»

lerdistanzen an, was wiederum die Umwelt belastet. Zwar ist die diesbezügliche Situation bei uns in Uster noch nicht so dramatisch wie etwa im Zürcher Seefeldquartier oder in einigen Goldküstengemeinden, aber auch bei uns sind entsprechende schädliche Tendenzen nicht zu übersehen. Deshalb muss die Stadt Uster hier proaktiv handeln.

Eine wichtige Massnahme ist die Ausweitung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Insbesondere die Festlegung von Wohnanteilen für den gemeinnützigen Wohnungsbau in der kommunalen Bau- und Zonenordnung scheint dafür ein vielversprechendes Instrument zu sein. Demnach wird in bestimmten Zonen ein Anteil der zu erstellenden Bruttogeschossfläche für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert. In der Stadt Zug haben die Stimmberechtigten im September 2009 eine entsprechende Regelung gutgeheissen.

Bund hilft mit Fördergeldern

Auch können sich Gemeinden bei Neueinzonung ein Kaufrecht an einem bestimmten Anteil des künftigen Baulandes ausbedingen und dafür sorgen, dass auf dieser Fläche preisgünstiger Wohnraum entsteht. Sie kann diesen selber er-

stellen oder aber das Bauland durch Verkauf oder im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgeben. Diese können für die Finanzierung ihrer Vorhaben wiederum auf die Wohnraumförderung des Bundes zurückgreifen. Eine entsprechende Regelung kennt etwa die Gemeinde Oberägeri im Kanton Zug. Die Förderung über einen so genannten Ausnützungsbonus, mit dem die Erstellung gemeinnütziger Wohnungen honoriert wird, oder über eine Befreiung von einer Mehrwertabschöpfung sind weitere Massnahmen, die den Gemeinden zur Verfügung stehen.

All dies zeigt: Bezahlbaren Wohnraum für Familien und normalverdienende Bevölkerungsgruppen zu schaffen ist möglich und machbar. Was es braucht ist der politische Wille. Die SP auf jeden Fall wird in der kommenden Legislatur dafür kämpfen, dass es in Uster weiterhin ein Angebot an bezahlbaren Wohnungen gibt, insbesondere für Familien mit Kindern.

Marius Weder (1973, Winikon) ist Jurist und Richter am Bezirksgericht Dietikon. Er ist seit 2009 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Planung und Bau. Er kandidierte auf der SP-Liste 1 auf Listenplatz 8.

Gemeinderatswahlen: Monika Ammeter zur Bildungspolitik in Uster

Bildung ist der Schlüssel zur Integration

Bildung ist, so heisst es immer wieder, unsere einzige Ressource. Ihr ist deshalb ohne Zweifel Sorge zu tragen. Und deshalb muss Bildungspolitik heute auch umfassender verstanden werden, als noch vor einigen Jahrzehnten. Die Vermittlung von Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen ist wichtig. Doch die Aufgabe der Schule geht darüber hinaus: Bildungspolitik ist heute auch Familien- und Integrationspolitik.

Von Monika Ammeter

Bildungspolitik und Familien- und Integrationspolitik müssen heute Hand in Hand gehen, denn die heutigen Familienformen sind genauso vielfältig wie die Kinder, die die Schule besuchen. Gab es vor Jahrzehnten fast ausschliesslich nur das traditionelle Familienbild, so sind es heute deren viele: eine Patchworkfamilie, eine Ein-Elternfamilie, eine Tagesfamilie, eine Pflegefamilie, eine Migrationsfamilie, Lebensgemeinschaften, soziale Elternschaft, Adoptivelternschaft usw. usf. In all diesen Familien machen Kinder Erfahrungen, welche ihre persönliche Identität prägen. Und sie alle kommen in der Volksschule zusammen, einer Schule, die den verschiedenen Erwartungen der unterschiedlichen Familien gerecht werden muss – eine grosse Herausforderung für die Lehrpersonen. Aber auch für die Bildungspolitik, denn nur eine Schule, die sich auch an den unterschiedlichen Entwicklungsbedürfnissen der Kinder orientiert, ist eine gute Schule – eine Schule fürs Leben.

Sparen bei der Bildung bedeutet Leistungsabbau

Wie kann man all die verschiedenen jungen Menschen mit all ihren verschiedenen familiären Hintergründen gleich gut bilden? Ist das überhaupt möglich? Gleiche Bildung für ungleiche Persönlichkeiten? Oder bedeutet Bildung zwangsläufig Selektion? Hier die bildungsnahen Schüler und Schülerinnen, dort die bildungsfernen? Hier die Verhaltensunauffälligen, dort die Verhaltensauffälligen? Hier die Behinderten, dort die Nicht behinderten? Verfährt man auf diese Weise, nimmt man in Kauf, dass soziale Unterschiede die Lernkarriere beeinflussen und verstärken. Dem muss entgegengetreten werden. Die Bildungspolitik des Kantons Zürich setzt auf integrative Schulung. Kinder mit Lernschwierigkeiten sollen mit Unterstützung von



Monika Ammeter vor dem Schulhaus Krämeracker: «Integration setzt gleichberechtigte Bildungschancen voraus.»

HeilpädagogInnen möglichst in Regelklassen eingeschult werden. Die im Sonderschulbereich vorhandene Fachkompetenz soll vermehrt in die Regelschule einfließen, Sonderschulungen sollen nur noch in Ausnahmefällen nötig sein. Das Problem dabei: Das Stellenangebot und die Mittel werden vermutlich nicht reichen um dieser besonderen Aufgabe gerecht zu werden. Der Bildung dürfen daher keine weiteren finanziellen Mittel mehr entzogen werden. Budgetkürzungen führen automatisch zu einem Leistungsabbau in den Schulen. Integrieren und damit Sparen wollen, wäre auf Kosten der Schwächeren gespart.

Die Schule weiterentwickeln

Die Weiterentwicklung unserer Volksschule ist eine immerwährende Aufgabe. Integrative Schulung setzt sich zum Ziel, Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Herkunftsfamilien, verschiedenen Herkunftsländern und verschiedenen Bildungsniveaus gemeinsam zu unterrichten. Dazu braucht es aber gute Rahmenbedingungen sowie finanzielle und menschliche Ressourcen. Wie wir heute wissen, beeinflusst die soziale Stellung die Bildungschancen

viel stärker als die ethnische Herkunft. Deshalb müssen wir gute Bildungschancen für alle sicherstellen. Mit Tagesschulen könnten schulerfüllende Betreuungsangebote zu einem festen Bestandteil der Volksschule werden und so die Chancen auf einen guten Bildungsabschluss erhöht werden. Und wer einen guten Bildungsabschluss hat, kann sich auch besser integrieren. Vor 12 Jahren wurde ich in die Sekundarschulpflege gewählt und bin seit 6 Jahren für das Ressort Sonderpädagogik verantwortlich. In dieser Zeit durfte ich mit vielen Eltern und ihren Kindern eine – dem Kindeswohl entsprechende – Lösung suchen. Ich kenne daher die Probleme der Eltern, aber auch die Herausforderungen der Lehrpersonen. Diese Erfahrungen möchte ich nun im Gemeinderat weitertragen. Für Sie und Ihre Kinder.

Monika Ammeter (1957, Nossikon) ist Marte Meo-Therapeutin und Beraterin SSGT. Sie gehört seit 1998 der Sekundarschulpflege Uster an und ist seit 2002 Vizepräsidentin dieser Behörde. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 9.

Gemeinderatswahlen: Markus Wanner über die Vereinsförderung

Vereinsförderung ist gut investiertes Geld

Vereine bilden als kleine und grössere Gemeinschaften das Rückgrat des sportlichen, kulturellen und geselligen Lebens der Stadt Uster. Und viele Vereine leisten darüberhinaus einen enormen Beitrag in der Jugendarbeit und geben Jugendlichen eine sehr sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Vereine, welche sich in der Sucht- und Gewaltprävention aktiv beteiligen, sollen gezielt gefördert und finanziell unterstützt werden.

Von Markus Wanner

Sind Sie in einem Verein Mitglied? Allenfalls sogar in einem Vorstand oder einer anderen Funktion tätig? Nutzen Sie oder Ihre Kinder die Angebote eines Vereins, sei es im Sport oder der Kultur? Gut möglich, denn das Angebot in Uster ist riesig. Schätzungsweise 4000 Ustermerinnen und Ustermer sind in einem der über 200 Vereine in unserer Stadt aktiv.

Gerade viele Jugendliche finden in Vereinen sinnvolle Freizeitbeschäftigungen. Nicht Facebook, gamen oder einfach nur herumhängen steht für sie im Vordergrund, sondern mit anderen Jugendlichen zusammen etwas erleben. Und etwas lernen: Viele Jugendliche übernehmen in Vereinen früh Initiative und Verantwortung, etwa indem sie als Leiterinnen und Leiter oder Trainerinnen und Trainer tätig werden. Jeder Verein lebt von der Freiwilligenarbeit. Und dass dieses unentgeltliche Engagement und die Rekrutierung von Freiwilligen in unserer Gesellschaft alles andere als einfach ist, werden Ihnen die meisten Vereinsverantwortlichen bestätigen.

Es stellt sich deshalb die Frage: Wie können wir die Vereine in ihrer gesellschaftlich wichtigen Tätigkeit unterstützen?

Hohe Mitgliederbeiträge

Eine Möglichkeit wäre, den Vereinen, die auf städtische Infrastruktur (Sporthallen, Trainingsplätze, Übungsräume etc.) angewiesen sind, diese kostenlos zur Verfügung zu stellen. Denn diese Gebühren belasten die Vereinskasse zu meist sehr stark. Die Vereine finanzieren sich hauptsächlich durch Mitgliederbeiträge. Für Jugendliche variieren diese von Verein zu Verein sehr stark (zwischen 10 und 250 Franken, je nach Aufwand und Kostenstruktur eines Vereins). Die Höhe des Mitgliederbeitrages sollte aber kein Kriterium sein, ob Jugendliche einem Verein beitreten können oder nicht. Wenn aber



Markus Wanner vor der Sporthalle Buchholz: «Sport- und Kulturvereine verdienen mehr Anerkennung und Förderung.»

in einer Familie mehrere Kinder in einem Verein aktiv sind, kann dies zu einer recht hohen Belastung des Familienbudgets führen. Eine Linderung der finanziellen Last der Vereine – und damit der Eltern – macht deshalb Sinn.

Anders als in den meisten anderen Gemeinden bezahlen Vereine in Uster für die Benützung von städtischer Infrastruktur Gebühren. Die SP hat in der vergangenen Legislatur mehrmals mit Vorstössen im Gemeinderat versucht, dies zu ändern – bislang vergeblich. Nun verfolgt sie mit der Volksinitiative «Keine Gebühren zulasten von Jugend- und Sportvereinen» dasselbe Ziel. Hat sie Erfolg, können Vereine die Beiträge, welche sie von Eltern und Sponsoren erhalten, künftig direkt in die Jugend investieren statt sie in die Stadtkasse abzuführen.

Vereine auch in die Pflicht nehmen

Allein damit ist es aber nicht getan. Die Jugendarbeit in der Stadt Uster muss auch in anderer Form gezielt gefördert und unterstützt werden. Die Vereins-Richtlinien der Stadt Uster sind ein erster Schritt, genügen aber heute für eine aktive Unterstützung der Vereinsjugendarbeit nicht mehr. Sie müssen daher dringend überarbeitet und angepasst werden.

Wie überall soll aber auch in der Vereinsförderung gelten: Eine Förderung ist auch mit einer gewissen Verpflichtung verbunden. Die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand muss auch wirklich für die Jugendarbeit eingesetzt werden. Deshalb soll die Stadt auch ihre Erwartungen formulieren, etwa bezüglich der Professionalität: So sollen sich etwa Trainerinnen und Trainer dazu verpflichten, sich entsprechend weiterzubilden. Eine weitere Gegenleistung der Vereine könnte auch sein, dass sie sich aktiv an Sucht- und Gewaltpräventionsprogrammen beteiligen. Ich bin davon überzeugt, dass die Gelder, die für die Förderung und Unterstützung der Vereinsarbeit, ein gut investierter Beitrag sind. Wenn Jugendliche in Vereinen lernen, zusammenarbeiten, andere zu respektieren und Verantwortung zu übernehmen, so wird die Gesellschaft davon später enorm profitieren.

Markus Wanner (1962, Niederuster) ist Betriebsökonom FH und Finanzverwalter einer Gemeinde im Zürcher Oberland. Er ist Mitglied des Vorstandes des Handball-Clubs TV Uster. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Platz 10.

Gemeinderatswahlen: Mirjam Stauffer über die Gesundheitspolitik in Uster

Das Spital Uster muss als Zentrumsspital erhalten bleiben

Die Gesundheitspolitik ist ein politisches Dauertraktandum: Höhere Krankenkassenprämien, ein Bonus-Malus-System für mehr oder weniger Fitte, Spitalschliessungen, Fallpauschale, Kostenoptimierungen – die Reihe der Themen und Stichworte ist lang. Für Uster von entscheidender Wichtigkeit wird sein, das Spital Uster als Zentrumsspital zu erhalten sowie die Zusammenarbeit zwischen Spital und ambulanten Dienstleistern zu intensivieren und zu optimieren.

Von Mirjam Stauffer

10 Prozent höhere Krankenkassenprämien 2010 – und ein Ende der jährlichen Anstiege ist nicht in Sicht. Die Medienberichte zum Gesundheitswesen zeichnen ein düsteres Bild für die Zukunft und so überbieten sich PolitikerInnen und ExpertInnen gegenseitig mit Rezepten und Ideen, wie die Gesundheitskosten in den Griff zu kriegen seien. Leider wird dabei aber der Schwarze Peter allzu häufig von einer Gruppe zur nächsten weitergeschoben. Dicke, Alte und RaucherInnen sollen mehr Verantwortung für ihr Handeln übernehmen, sprich: höhere Prämien zahlen. Oder aber es kommen wieder Vorschläge auf den Tisch schweizweit 100 «überflüssige» Spitäler zu schliessen.

Auswirkungen sind lokal spürbar

Das «Spiel» Gesundheitspolitik wird gesamtschweizerisch, d.h. überregional gemacht, doch die Auswirkungen sind lokal sehr spürbar. Erinnert sei etwa an die Spitalliste: Nur wer auf dieser Liste steht, erhält vom Kanton Zürich einen Leistungsauftrag und damit Geld. Die seinerzeitige Erstellung führte zu Spitalschliessungen auch in der näheren Umgebung von Uster. In Kürze wird die Liste überarbeitet und die Spitalleitung und die Stadt Uster als Standortgemeinde tun gut daran, das Spital strategisch so zu positionieren, dass es den Sprung auf die überarbeitete Spitalliste schafft und als Zentrumsspital mit Notfalldienst erhalten bleibt. Ein grosses Thema wird auch die Einführung von Fallpauschalen in allen Schweizer Spitälern sein. Damit erhält jedes Spital inskünftig für einen bestimmten Eingriff schweizweit denselben Betrag. Um konkurrenzfähig und wirtschaftlich rentabel zu sein, werden die Spitäler sehr interessiert sein, möglichst viele PatientInnen bei einer möglichst kurzen Aufenthaltsdauer behandeln zu können. Mit anderen



Mirjam Stauffer vor dem Spital Uster: «Eine sichere Gesundheitsversorgung ist für Uster zentral.»

Worten: Es wird eine markante Verlagerung von der stationären zur ambulanten Versorgung erwartet. Dies aber bedeutet, dass die Betreuung und die Zusammenarbeit mit anderen Stellen ausserhalb des Spitals, wie etwa den Hausärzten, der Spitex oder des Mahlzeitendienstes noch wichtiger wird als bisher. Hier muss in den kommenden Jahren auf lokaler und regionaler Ebene intensiv gearbeitet werden, um die optimale Vernetzung zu erreichen.

Stellenabbau verhindern

Gleichzeitig muss auch der Qualität der Gesundheitsversorgung Sorge getragen werden. Eine Verkürzung der Aufenthaltsdauer erhöht den Druck auf das Spitalpersonal, seien es ÄrztInnen, TherapeutInnen oder Pflegenden, ihre Dienste noch rationeller und in noch kürzerer Zeit zu erbringen, damit der Patient möglichst schnell entlassen werden kann, denn Zeit ist hier tatsächlich Geld. In anderen Ländern hat die Einführung der Fallpauschalen zu einem Stellenabbau in den Gesundheitseinrichtungen geführt, worunter dann die Qualität der Versorgung litt. Das Personal in den Schweizer Spitälern wird selbstver-

ständig bemüht sein, auch weiterhin eine hohe Betreuungsqualität sicherzustellen, ob es unter Zeitdruck allerdings immer gelingen wird, ist fraglich. Aber möglicherweise wird dies auch bewusst in Kauf genommen, da das Gesundheitssystem in der Schweiz ja in der Tat eines der besten der Welt ist...

Klar ist, die Einführung der Fallpauschale darf im Spital Uster zu keinem Stellenabbau führen. Es muss wie bisher ein grosser, attraktiver und guter Arbeitgeber bleiben, der sich mit anderen Institutionen im Gesundheitswesen vernetzt. Ideen etwa für eine «Gesundheitsmeile» rund um das Spital sind deshalb vertieft zu prüfen. Für Uster bietet sich so die Chance, sich als Standort für Gesundheitsdienstleistungen zu positionieren. Und das sichert nicht nur eine gute medizinische Versorgung sondern schafft auch neue Arbeitsplätze.

Mirjam Stauffer (1969, Kirchuster) ist Physiotherapeutin. Bis 2009 war sie Präsidentin des Berufsverbandes Physiotherapie Zürich-Glarus. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 11.

Gemeinderatswahlen: Martin Zwysig über die Verkehrspolitik in Uster

Die Situation für Velofahrende ist zu verbessern

Mobilität gehört zum Menschen. In Gebieten mit einer hohen Siedlungsdichte führt die Mobilität aber zur Einschränkung der Lebensqualität: Nicht nur Lärm und Luftverschmutzung sind eine Belastung für die Bevölkerung, auch der Verschleiss an Boden durch Strassen und Parkplätze sind ein wachsendes Problem. Der gesündeste, umweltfreundlichste und kostengünstigste Verkehr ist der Langsamverkehr. Ihm gehört stadtintern die Zukunft.

Von Martin Zwysig

Die Verkehrssysteme in den Agglomerationen stossen vielerorts an ihre Kapazitätsgrenzen und beeinträchtigen Bevölkerung und Umwelt. Auch in Uster werden heute viele kurze Wege mit dem Auto zurückgelegt, auch wenn die jeweiligen Reiseziele gut zu Fuss oder mit dem Velo in nur fünf bis zehn Minuten erreichbar wären. Mehr Investitionen in den Langsamverkehr sind deshalb unabdingbar, um einen Kollaps der Verkehrssysteme zu verhindern.

Kinder müssen sich sicher fühlen

Wer in Uster zu Fuss oder mit dem Fahrrad unterwegs ist, kennt die Probleme bei den kritischen Verkehrsknotenpunkten wie zum Beispiel beim Kreisverkehr oder anderen stark befahrenen Kreuzungen. Gerade viele Kinder und Jugendliche sind häufig zu Fuss oder per Fahrrad unterwegs und müssen sich sicher fühlen, damit sie sich im Verkehr «richtig» verhalten. Heute stufen viele Eltern den städtischen Verkehr als zu gefährlich für ihre Kinder ein, mit dem Effekt, dass sie ihre Kinder mit dem Auto zur Schule oder an Veranstaltungen fahren. Die Folge: Sie produzieren selber Mehrverkehr, denn dann wiederum von anderen als zu gefährlich eingestuft wird....

In Uster wurden in den letzten Jahren auf den ersten Blick zwar einige Verbesserungen für Velofahrende erreicht. Doch bei genauerer Betrachtung fallen deutliche Mängel auf: Viele Bodenmarkierungen für Velofahrende sind wegen mangelndem Unterhalt heute kaum mehr sichtbar, an vielen neuralgischen Stellen fehlen entsprechende Bodenmarkierungen, auf schmalen Strassen fehlen zum Teil die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen, Velospuren sind ungenügend gegenüber Autospuen abgegrenzt oder Veloeinmündungen nur schlecht befahrbar. Die SP Uster verlangt deshalb einen Massnahmenplan zur Behebung dieser Mängel.



Martin Zwysig vor dem Velopark Bahnhof Ost: «Dem Langsamverkehr gehört auch in Uster die Zukunft.»

Gefährliche Verkehrssituationen sind schnellstmöglich mit baulichen Massnahmen zu entschärfen sowie Velowege und -unterführungen genügend breit und sicher anzulegen.

Auch aus gesundheitspolitischer Optik macht Langsamverkehr Sinn: Bewegungsmangel ist heute bei vielen Kindern und Erwachsenen das Gesundheitsrisiko Nummer 1. Ein Hinterfragen des eigenen Mobilitätsverhaltens ist deshalb sinnvoll. Gerade die Stadt Uster ist aufgrund ihrer Topographie und städtebaulicher Struktur ideal für die Fortbewegung per Fahrrad geeignet. Was es braucht, ist die Überwindung der eigenen Bequemlichkeit.

Attraktive Innenstadt

Gerade in der Innenstadt darf inskünftig nicht mehr der Autoverkehr allein dominierend sein, die Fortbewegung zu Fuss oder per Velo soll attraktiver werden. Mit der Volksinitiative «Für ein fussgängerfreundliches Zentrum» will die SP Uster das zentrale Geviert zwischen Bahnhof und Zürichstrasse so weit als möglich vom Autoverkehr befreien und so als Begegnungs- und Einkaufsort für alle attraktiver machen. Heute fokussiert das Gewerbe allzu stark auf die

Anzahl zur Verfügung stehender Parkplätze, dabei sollte sie sich auch Gedanken machen, wie sie zum Beispiel Kundschaft aus dem Langsamverkehr in die Läden locken kann. Etwa durch genügend Veloparkplätze vor dem Haus, auch für solche mit Anhänger. Auf diese Weise kann ein Einkauf unkompliziert auch dann getätigt werden, wenn er mal ein wenig schwerer geworden ist. Oder wie wäre es mit der Idee eines Hauslieferdienstes? In der Stadt Burgdorf, die ähnlich gross ist wie Uster, wird seit 1997 ein Velokurier der besonderen Art angeboten. Wer im Laden eingekauft hat, kann sich seinen Einkauf vom Velokurier nach Hause liefern lassen. Eine solche Lösung könnte in Uster etwa gemeinsam von der Velostation mit dem Gewerbe angeboten werden. Der Langsamverkehr hat ganz ohne Zweifel Potenzial, auch in Uster.

Martin Zwysig (1962, Oberuster) ist Informatiker und Hausmann. Er ist Mitglied der Elterngruppe Holzurm und war vor seinem Umzug nach Uster Gemeinderat in Opfikon-Glattbrugg. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 12.

Wahlen und Abstimmungen vom 7. März 2010

KOMMUNALE WAHLEN

MARTIN BORNHAUSER

wieder als Stadtpräsident

ESTHER RICKENBACHER

und

BARBARA THALMANN

wieder als Stadträtinnen

Und für den Gemeinderat:

LISTE 1 – SP Uster

... weil wir uns nur so auch in Zukunft für ein Stadt, die Lebensqualität und Chancengleichheit für alle Einwohnenden ins Zentrum ihrer Politik stellt, stark machen können.

(Mehr Informationen dazu unter www.sp-uster-wahlen.ch)

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

NEIN zur Senkung des Umwandlungssatzes BVG

... weil die zweite Senkung innert zwei Jahren ein Frontalangriff auf die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner darstellt. Es darf nicht sein, dass die Rentnerinnen und Rentner die Zeche für die Börsenspekulationen der Versicherungen zahlen.

JA zur Volksinitiative für einen Tieranwalt

... weil sich diese Institution in vielen Kantonen bewährt hat, um einen wirksamen Tierschutz zu garantieren. Mit der Schaffung eines Tieranwalts wird schweizweit eine in diesem Bereich bestehende Lücke geschlossen.

JA zum Bundesbeschluss betreffend Forschung am Menschen

... weil die Verfassungsbestimmung ausgewogen ist, dem ethischen Anspruch und dem Schutz der menschlichen Würde gerecht wird und gleichzeitig die Forschung zum Wohle des Menschen ermöglicht.

Wahlen vom 25. April: Lilo Baschung als Präsidentin der Sekundarschulpflege

Garantin für eine zukunftsweisende und konstruktive Bildungspolitik in Uster

Ein Sprichwort besagt: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Und in der Tat: Mit den Wahlen vom 7. März sind die Gemeindevahlen noch nicht vorbei, am 25. April stehen noch die Wahlen für die Sekundarschulpflege auf dem Programm. Für das Präsidium dieser Behörde schickt die SP Uster mit Lilo Baschung, der bisherigen Vizepräsidentin der Primarschulpflege, eine Kandidatin ins Rennen, die die notwendige Qualifikation und Erfahrung für dieses Amt mitbringt.

Erfahren. Lilo Baschung ist seit 2001 Mitglied der Primarschulpflege, seit 2002 ist sie deren Vizepräsidentin. Im Jahr 2004 hat sie die Behörde nach dem Rücktritt des damaligen Präsidenten interimistisch geführt und wieder in ruhige Gewässer geführt. Als Finanzvorstand und Verantwortliche des Qualitätsmanagements war und ist sie für zentrale Dossiers der Primarschulpflege zuständig. Nun will sie die Chance packen und diese Erfahrung als Präsidentin der Sekundarschulpflege für die Stadt Uster einsetzen.

Kompetent. Lilo Baschung hat in der Primarschulpflege zentrale Projekte massgeblich geprägt und als Projektleiterin umgesetzt. So hat sie die Projektgruppe geleitet, welche für die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes in Uster verantwortlich zeichnete. Als Finanzvor-

stand hat sie neue Instrumente wie den Leistungsauftrag und das Globalbudget oder die Kosten/Leistungsrechnung eingeführt. Und als Verantwortliche für das Qualitätsmanagement hat sie ein umfassendes System zur Qualitätssicherung eingeführt.

Vernetzt. Lilo Baschung ist als langjährige Primarschulpflegerin in der Ustermer Bildungspolitik breit vernetzt. Sie ist es sich gewohnt, LehrerInnen, Eltern und andere Behörden einzubinden und pflegt einen offenen und transparenten Kommunikationsstil. Der angestrebten engeren Zusammenarbeit von Primar- und Sekundarschulpflege misst sie grosses Gewicht bei. Die als Vizepräsidentin der Primarschulpflege geknüpften Kontakte will sie nun als Präsidentin auch für die Sekundarschulpflege nutzen.

Zielorientiert. Lilo Baschung hat konkrete Vorstellungen und Visionen für die Volksschule in Uster. Die Schule muss auf einem motivierten und kompetenten Lehrkörper basieren, der ein positives Lernklima schafft und die Schülerinnen und Schüler individuell fördert. Die Schule pflegt Partnerschaften sorgfältig und bindet alle Interessengruppen ein, seien es nun Eltern, Behörden oder Projektpartner. Die ständige Weiterentwicklung der Schule ist ihr oberstes Ziel – eine Weiterentwicklung zugunsten unserer Kinder.



Lilo Baschung (1960) ist Betriebsökonomin FH mit einer Zusatzausbildung in Psychologie und einem Nachdiplomstudium in Qualitätsmanagement. Seit 2001 ist sie Mitglied der Primarschulpflege, seit 2002 deren Vizepräsidentin. Im Jahr 2004 hat sie die Behörde während sieben Monaten interimistisch geführt. Als Finanzvorstand und Verantwortliche des Qualitätsmanagements hat sie bewiesen, dass sie Reformprojekte erfolgreich und finanziell haushälterisch umsetzen kann. Sie ist Mutter von zwei Kindern und wohnt in Oberuster. (Mehr Infos unter: www.lilobaschung.ch)